

Ukraine und Weißrussland

Oksana Sabuschko

Welcome to Ukraine

Vitali Silitski

Sonderfall Lukaschenko

Sabine Fischer

Die russische Politik gegenüber der Ukraine und Weißrussland

Wilfried Jilge

Geschichtspolitik in der Ukraine

Bohdan Hud

Das ukrainisch-polnische Verhältnis

Editorial

Die Ukraine und Weißrussland (Belarus) gehören zu Europa – zumindest geographisch. Ihre Westgrenzen stoßen an die Außengrenze der Europäischen Union (EU). Während die „Orangene Revolution“ in der Ukraine Ende 2004 einen Demokratisierungsprozess eingeleitet hat, verharrt Weißrussland im autoritären, auf die Person des Präsidenten zugeschnittenen Regime Alexander Lukaschenkos.

Der ukrainische Präsident Alexander Juschtschenko betreibt die Annäherung seines riesigen Landes an die EU und die NATO, sieht sich dabei jedoch erheblichen Widerständen – insbesondere in der russischsprachigen Ostukraine – ausgesetzt. Ausdruck dieser Westorientierung ist die Teilnahme am Europäischen Nachbarschaftsprogramm (ENP). Gleichwohl bleibt der Ukraine bis heute eine echte Beitrittsperspektive versagt. In Weißrussland dagegen setzte das von der EU isolierte Regime lange auf das enge Bündnis mit dem mächtigen Nachbarn Russland; zeitweise wurde sogar eine Staatenunion vereinbart. Die jüngste Kehrtwende in den bilateralen Handelsbeziehungen, mit der Moskau die Subventionierung der weißrussischen Wirtschaft beendete und Eigentumsrechte an der durch Weißrussland nach Europa verlaufenden Erdölpipeline erzwingen will, verweist auf tiefe Risse im Bündnis der „slawischen Brudervölker“.

Die Interessenkonflikte der EU mit Russland in dieser Region sind unübersehbar. Doch eine gemeinsame, sensible EU-Ostpolitik, die zwischen Kiew, Minsk und Moskau differenziert, ist nicht absehbar. Die europäische Öffentlichkeit zeigte bisher nur wenig Interesse an der sich entwickelnden Zivilgesellschaft in den beiden postsowjetischen Staaten.

Hans-Georg Golz

Oksana Sabuschko

Welcome to Ukraine *Essay*

Im ukrainischen Fernsehen war im Herbst 2006 in einer äußerst populären Sendereihe über Korruption eine aufschlussreiche Einspielung zu sehen. Es ging um den Bau einer neuen Schutzummantelung, des so genannten Sarkophags, für den berühmt-berühmten Reaktor 4 des 1986 explodierten Atomkraftwerks Tschernobyl – um eben jene Schutzhülle, die mit Unterstützung der inter-

nationalen Gemeinschaft bis 2007 fertig gestellt sein soll. Doch wann sie tatsächlich und ob sie überhaupt einmal fertig wird, ist bis heute unklar. Auf dem Fernsehschirm diskutierten drei dem Äußeren nach westeuropäische Geschäftsleute (nicht etwa irgendwelche Mafiosi)

im Büro des Direktors des Atomkraftwerks Tschernobyl. Sie sprachen mit unterschiedlichem Akzent Russisch. Das ist kein Wunder, denn in der Ukraine sprechen alle, selbst die dort geborenen Russen, Russisch mit Akzent. Der Ausländer unter den dreien ließ sich problemlos identifizieren: der Vertreter einer deutschen Dienstleistungsgruppe für die Nuklearindustrie. Er machte seinen ukrainischen Kollegen einen Vorschlag, wie man den Kostenplan zum Bau eines Werkes für die Entsorgung radioaktiver Abfälle erstellt und bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung dafür 20 Millionen Euro beantragt, von denen er 500 000 direkt auf die Konten seiner Gesprächspartner zu überweisen versprach.

Der Deutsche raschelte mit den Papieren, erklärte das Prozedere, nannte Zahlen. Die Ukrainer stöhnten erschrocken: „Oh Gott!“.

Die Szene wirkte fast biblisch: das uralte Thema der Versuchung der kleinen Dämonen. Es war schade, dass die Einspielung abbrach (das Gangsterstück gelang nicht, irgendetwas lief bei der deutschen Firma schief); der Direktor des Atomkraftwerks (der in der Einspielung gestöhnt und geächzt hatte) bestätigte, wenn auch sichtbar nervös im weiteren Verlauf der Sendung: „Ja, es gab eine solche Unterredung.“ Dagegen lehnte in einer anderen Einspielung der Leiter des Büros der Europäischen Kommission in der Ukraine jegliches Interview zu EU-Verstrickungen in dieser Korruptionsaffäre ab. Er wirkte auf dem Fernsehschirm sehr eindrucksvoll: rasantes Auftreten, hageres, intelligentes Gesicht, zusammengekniffene Augen, ironisch, der Anflug eines verächtlichen Lächelns – man wurde unwillkürlich an die Kardinäle auf Bildern El Grecos erinnert –, und quasi aus dem Mundwinkel:

– *No comments.*

– *No comments?*, fragte der Journalist irritiert nach.

– *No comments*, bestätigte der Europäische Kommissionsleiter und lächelte, eine Machtdemonstration, ein Triumph der Gleichgültigkeit.

Wer sind wir denn, dass er uns eine Antwort schuldig wäre? Oder gar, und das klingt vermessen, eine Rechtfertigung? Offen gestanden, als Schriftstellerin erfreute mich dieser Vorfall, erschien er mir doch wie eine Kopie einer Szene in meinem neuen Roman, dessen Heldin eine Journalistin ist und all jenes erlebt, was noch nicht völlig abgestumpfte Vertreter ihres Metiers in einer Welt erleben, die von verantwortungslosen Machtmenschen beherrscht wird.

Es gibt freilich ein „Aber“. In psychologischer Hinsicht wird die Verantwortungslosigkeit der Regierenden in der Ukraine vor allem als nationales Problem angesehen, als Erblast der Sowjetvergangenheit und als Kinderkrankheit einer noch jungen Demokratie. Deshalb waren die ukrainischen Zuschauer äußerst verstört von der Enthüllung, dass sich auch innerhalb der Grenzen der Schengen-

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Dr. Alexander Kratochvil, Greifswald.

Oksana Sabuschko

Geb. 1960; Vizepräsidentin des ukrainischen PEN-Zentrums; unterrichtet kreatives Schreiben an der Universität Kiew/Ukraine.

c/o Literary Agency Galina Dursthoff, Marsiliusstraße 70, 50937 Köln.
Galina@dursthoff.de
www.zabuzhko.com

Staaten die Vertreter gewachsener und reifer europäischer Demokratien zuweilen so wie unsere ukrainischen Mafiosi verhalten. Was der Moderator der Sendung mit kindlicher Beleidigung in der Stimme so kommentierte: Die Korruption in der Ukraine ist wirklich eine üble Sache, doch die Korruption in der EU, ja, das ist natürlich etwas ganz anderes. Oder?

Mythos Europa

Das Ausmaß der Enttäuschung lässt sich nur begreifen, wenn man weiß, welch breiten Raum der „Mythos Europa“ im ukrainischen Bewusstsein einnimmt. Er spielte nirgendwo sonst in Europa eine solch gewichtige Rolle bei der Herausbildung nationaler Identität – abgesehen vielleicht vom Balkan, der in dieser Hinsicht keine zufällige Parallele darstellt. In der Geschichte der Ukraine wie auch der Balkanländer war die Bedrohung durch das Osmanische Reich stets latent. Mitte des 17. Jahrhunderts war die Ukraine aufgrund von kriegesischen Auseinandersetzungen an zwei Fronten – gegen die Türken und gegen die Polen – gezwungen, ein militärisches Bündnis mit dem Moskauer Großfürstentum einzugehen, in dessen Folge sich die Ukraine wenigstens den erhofften Zugang zum Meer sicherte. Doch der Preis dafür war hoch – zu hoch, wie sich herausstellte: Die Anfänge einer konstitutionellen Entwicklung in der Ukraine wurden im Keim erstickt, und Ende des 18. Jahrhunderts verlor die Ukraine auch ihre politische Autonomie.

Mit Ausnahme der westlichen Gebiete war die Ukraine in den folgenden beiden Jahrhunderten Teil des russischen Imperiums, an dessen organisatorischer Herausbildung sich Ukrainer wesentlich beteiligten (die Idee der „Bildungsmission Kiews“ im Russischen Reich wurde von den ukrainischen Gelehrten des 17. Jahrhunderts getragen – ein schwacher Widerhall findet sich noch beim russisch schreibenden Ukrainer Nikolai Gogol). Die „Mission“ wurde beendet und die Ukraine zur kolonialen Provinz Russlands, ein Reservoir an menschlichen und natürlichen Ressourcen. Durch die ukrainische nationale Wiedergeburt im 19. und 20. Jahrhundert zog sich als roter Faden „die Rückkehr nach Europa als eine Rückkehr zu sich selbst“. Das heißt: Rückkehr zu einer seinerzeit nicht realisierten Verfassung, zu den vom russischen

Imperium verwehrten „Rechten und Freiheiten des dritten Standes“, zu einer gewählten Regierung, zu all dem, was im Industriezeitalter nur als „Mythos“ überlebte, vor allem eine Rückkehr zum Gefühl, dass „wir einst freie Kosaken waren“ (die Zaporoger Kosaken des Dnipro, die sich im 16. Jahrhundert als östlicher Vorposten des Malteserordens gegen das Osmanische Reich gegründet hatten, spielen für das kulturelle Selbstverständnis der Ukrainer eine wohl bedeutendere Rolle als das mittelalterliche Rittertum für das der Westeuropäer).

So verkörpert der Mythos „Europa“ in der Vorstellung eines Ukrainers der Gegenwart (gleichgültig, ob er schon einmal in Mittel- oder Westeuropa war) nach wie vor das „verlorene Paradies“, einen Ort, an dem Gerechtigkeit und Wohlstand herrschen und vor allem die Menschenrechte geachtet werden: *Liberté, égalité, fraternité* wehen als unsichtbare Banner im Wind. Wir Ukrainer wurden einst aus diesem Paradies vertrieben, doch nun wollen wir wie unsere Nachbarn, die Polen und die Balten, heimkehren. So oder ganz ähnlich würden es ein Kiewer Geschäftsmann, ein Student aus dem Donbass, ein Lemberger Taxifahrer und ein Hafenarbeiter aus Odessa ausdrücken.

Auch deshalb riefen bei mir westliche Kommentare, in denen die „Orangene Revolution“ als Ergebnis unserer gerade erst erwachten „prowestlichen Orientierung“ gesehen wurde, immer ein mildes Lächeln hervor. Ich bin mir 120-prozentig sicher, dass die „Orientierung“ der Millionen von Menschen, die im November 2004 auf die Straßen gingen und gerechte Wahlen forderten, rein ukrainisch war – an den Westen dachten wir in jenem Herbst nicht mehr als der Westen an uns. Dabei stellte sich heraus, dass die Werte, für die die Menschen – ohne Übertreibung gesagt – bereit waren, ihr Leben einzusetzen, nämlich „Freiheit“ und „Gleichheit aller vor dem Gesetz“ sowie das Recht, über die Zukunft der Heimat zu bestimmen, dass diese Werte „zufällig“ mit den grundlegenden Werten der etablierten europäischen Demokratien übereinstimmten. Unsere intellektuellen Traditionen des 19. und 20. Jahrhunderts, die trotz Gefängnis und Gulag unbeirrt auf die Zugehörigkeit der Ukraine zur europäischen Kulturlandschaft beharrten, sind also durchaus lebendig.

Ich bin nicht so naiv zu glauben, dies sei ein ausreichender Grund für einen raschen EU-Beitritt der Ukraine. Außerdem bewegt mich eine ganz andere Frage: Inwieweit beschränkt sich die heutige EU nicht nur auf die Grenzziehungen von Schengen, sondern gewährleistet für jene kulturelle Landschaft ein zuverlässiges politisches Klima, die auch meine geistige Sphäre darstellt? Vielleicht ist es ja am Ende ganz gut, wenn die Ukraine erst „reift“, um alle geforderten Standards der europäischen Mitgliedschaft zu erfüllen, und eventuell wird sich währenddessen herausstellen, dass der europäische Mythos nur in der romantischen Vorstellung europäischer Provinzler existiert und man weder in Rom (das Recht) noch in Canossa (die Moral) oder in Paris (*liberté, égalité, fraternité!* jawohl!) ernsthaft an Rom, Canossa oder Paris glaubt. Vielleicht wird sich zeigen, dass die europäische kulturelle Identität schon längst von einer Armee zynischer Politiker und Geschäftsleute zertrampelt worden ist, die Europa übersichtlich und bequem aufteilen in einen Salon, in dem man laut gemeinsamer Verordnung alle Knöpfe geschlossen haben muss, und in ein Vorzimmer, in dem man sich ungeniert gehen lassen kann und all das erlaubt ist, was im Salon verpönt ist, etwa die eigenen Grundsätze ganz schnell vergessen und den Einheimischen vorschlagen: Klauen wir unseren Steuerzahlern ein paar Millionen, ihr bekommt natürlich auch ein Stückchen vom Kuchen, aber eins dürft ihr nie vergessen: Korrupt seid ihr hier im Vorzimmer, bei uns im Salon gilt es als unanständig, dieses Wort auch nur auszusprechen.

Mit anderen Worten: Ist die Kultur in Europa überhaupt noch in der Lage, einen positiven Einfluss auf politische Realitäten auszuüben? Ich habe den dringenden Verdacht, dass mit der Beantwortung dieser Frage mehr oder weniger auch die Zukunft der Demokratie im 21. Jahrhundert abhängt, und dies geht die „reifen“ und „jungen“ Demokratien gleichermaßen an. Geschlossene Gesellschaften lassen sich in der heutigen Welt nicht mehr etablieren.

Menschenrechte

In der Ukraine schlagen sich europäische Unglücksfälle ungewöhnlich intensiv nieder – wie eine grelle Ölfarbe auf einer blassen Pastell-

skizze. Es ist bemerkenswert, wenn gerade mal gut zwei Jahre nach der Orangen Revolution (die, ich wiederhole es gerne, in erster Linie ein kulturelles Phänomen war, eine Bewegung moralischen Protests, ein Kampf um Werte) die ukrainische Politelite vor den Augen der fassungslosen Gesellschaft mit der Leichtigkeit eines Jahrmarktgauklers alle „orangen“ Werte verschwinden lässt. Diese Groteske à la Gogol sticht natürlich ins Auge. Das Pastell dagegen ist dezenter, subtiler, man kann es, wenn man möchte, auch übersehen. Schauen wir uns zum Beispiel den EU-Russland-Gipfel an, der im Oktober 2006 in Finnland stattfand. An diesen Tagen wurden in Russland ungeniert Georgier nur deshalb deportiert, weil sie Georgier sind, die Miliz hielt auf der Straße verdächtige dunkelhäutige und farbige Menschen an, und in der Folge wurden diese „Verdächtigen“ dann – angestachelt durch die Behörden – von russischen Ultranationalisten straffrei in finsternen Ecken verprügelt.

Währenddessen erklärte im finnischen Lahti der Präsident jenes Landes, das vor über 200 Jahren Europa die erste Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte schenkte (ich hoffe doch, dass dieses Dokument noch zum Bestand des europäischen Wertekanons gehört?), dass man die Frage der Menschenrechte nicht mit Angelegenheiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vermischen solle. In der Übersetzung aus dem Pastell der Diplomaten Sprache heißt das wohl: die Frage russischer Gaslieferungen nicht mit dem russischen Rechtsradikalismus zu vermischen. Ihren Rechtsradikalismus können die Russen behalten, das Gas nehmen wir. Schon gut, ich werde nicht weiter der Werte *liberté, égalité, fraternité* gedenken, aber sollte die Zwischenkriegszeit Europas, an die sich noch genügend Zeitzeugen erinnern, die europäische Politik nicht gelehrt haben, dass es keine „ausländischen“ Faschismen gibt? Dass der heute gnädigerweise so genannte, als „innere Angelegenheit“ tolerierte Faschismus morgen mit Springerstiefeln gegen die eigene Tür treten wird? Oder, entsprechend dem technischen Fortschritt im 21. Jahrhundert, neben dir mit radioaktiven Polonium im Gepäck im Flugzeug sitzen wird?

Das historische Gedächtnis bildet den Kern der Kultur, und wenn es verloren geht, dann geht auch die Fähigkeit verloren, Zukunftsperspektiven einzuschätzen, überhaupt die

längerfristigen Folgen seiner Unternehmungen zu bedenken. An dieser Stelle ist es angebracht, an eine andere höchst interessante Geschichte zu erinnern, die freilich nicht mehr in Öl, sondern mit fettem, immer noch dampfendem Blut gemalt ist: 1933 war das Jahr des Genozids am ukrainischen Volk (Holodomor), als einer der fruchtbarsten Böden Europas mit Millionen von toten Bauern übersät war und das von diesen Bauern mit Waffengewalt erpresste Getreide zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geworfen wurde. Unter den Hauptaufkäufern dieses „seltsamerweise“ so billigen (nach Schätzungen von Historikern etwa zwei Menschenleben pro Tonne) Sowjetweizens war Hitlerdeutschland. Franzosen und Briten saßen als Gäste von Stalin beim Dinner im Kreml und schrieben anschließend für ihre Zeitungen, dass von einer Hungersnot in der Ukraine keine Rede sein könne. Währenddessen wuchs und gedieh in Frankreich und Großbritanniens unmittelbarer Nachbarschaft ein Regime, dass bald darauf versuchen sollte, ganz Europa in ein Konzentrationslager zu verwandeln, noch schrecklicher als jene bereits existierenden Sowjetlager. Diese Geschichte ist ein eigentlich überflüssiger Hinweis darauf, wie gefährlich es sein kann, die kurzfristigen Vorteile wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Fragen der Menschenrechte nicht „zu mischen“.

Im Keller Europas

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sollten uns gelehrt haben, dass es, unabhängig davon, wo gestern noch die Berliner Mauer stand und heute die Grenze der Schengen-Zone verläuft, nur eine europäische Geschichte gibt, die tief in ihrem Inneren durch einen Leichenzug miteinander verbunden ist, von dem wir häufig nicht einmal etwas ahnen (und uns nur dann wundern, wenn Teile davon sichtbar werden). Mit der Geschichte ist es so wie mit dem Strafgesetzbuch: Unwissenheit befreit nicht von Verantwortung. Jedes Mal, wenn Freunde im Westen, häufig Schriftsteller und Journalisten, auf noch vergrabene Leichen im eigenen Keller und auf die Folgen erst heute enthüllter, schwarz-weiß gemalter Halbwahrheiten und verschwiegener Lügen aus dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit des Kalten Krieges anspielen, entgegne ich: „Welcome to Ukraine!“

Ja wirklich, wir als „Vorzimmer“, oder, besser gesagt, als zweihundertjähriger „Keller“ Europas (dessen Existenz Europa im 20. Jahrhundert total ignorierte und deshalb auch völlig überrumpelt war, als wir plötzlich wieder auf der Landkarte auftauchten), haben ein ganzes Arsenal vergrabener Leichen, und wahrscheinlich kann man sich nirgendwo anschaulicher davon überzeugen, dass totgeschwiegene Geschichte länger lebt und ein Untergrunddasein führt, so wie jene unter die Erde verbannten Flussläufe, die früher oder später doch wieder an der Oberfläche auftauchen. Die Ukraine ist ein gewaltiger und noch immer nicht zur Gänze aufgetauchter Strom aus dem Keller Europas. Es wäre zu einfach, die Ukraine nur durch das Prisma der heutigen politischen Gegebenheiten wahrnehmen zu wollen, nämlich als ein Land, das mit all seinem Reichtum nicht ordentlich umgehen kann wegen einer fatalen Regierung und einer schwachen politischen Elite. Aber woher sollten wir eine starke Elite auch nehmen? Es konnte gar keine heranwachsen, denn von 1930 bis in die 1980er Jahre hinein fanden regelmäßig gründliche „Säuberungsaktionen“ gegen die ukrainische Bildungsschicht statt.

Dieses Land ist seit jeher eine Kreuzung und Symbiose griechisch-byzantinischer und lateinischer Traditionen, ein besonderer Borschtsch (Nationalgerichte lassen sich auch als Metaphern für nationale Eigenheiten interpretieren). Seinen unverwechselbaren Geschmack verdankt er einer Komposition sehr unterschiedlicher Zutaten, und so sollte dieses Land im Zeitalter der Globalisierung wenigstens als jahrhundertealtes multikulturelles Laboratorium Interesse wecken. Denn hier findet sich fast alles, was das Erbe des Alten Europa ausmacht, von den Ruinen altgriechischer Kolonien über mittelalterliche Burgen und Schlösser bis hin zu orthodoxen Barockkirchen, die in Moscheen umgewandelt wurden, um danach zu Kirchen der Jesuiten zu werden (und später wieder zu orthodoxen Gotteshäusern, allerdings nur noch russischen Typs, die dann bald zu sowjetischen Fabrik- und Lagerhallen wurden).

Außerdem gehören nicht zuletzt gut 600 Jahre jüdischer Kultur dazu (der Chassidismus ist das Erbe des ukrainischen Judentums), und in der Reihenfolge der Zubereitung kommt noch eine orientalistisch-würzige

Note mit deutlichen türkischen Einflüssen als direkte Folge von zwei Jahrhunderten kriegesischer Auseinandersetzungen der Kosaken und Türken hinzu.

Trotz aller desaströsen Anstrengungen des Sowjetimperiums, diesen Borschtsch in eine fade Gulagbrühe zu verwandeln (eine ganze Reihe von „Zutaten“ wurde liquidiert, Dutzende nationaler Minderheiten, die noch in den 1930er Jahren blühten, existierten zur Zeit des Zerfalls der Sowjetunion in der Ukraine nicht mehr), blieb der „Geschmack“ erhalten, nicht nur im Alltag, sondern auch im tieferen Sinn, in einer prinzipiellen ukrainischen kulturellen Polyphonie: in der Toleranz gegenüber dem „Anderen“, „Fremden“ (zum Beispiel kann man in der Ukraine in jede Kirche gehen, ungeachtet dessen, welcher Konfession und welchem Patriarchat sie angehört, um zu beten, oder alltägliche Straßenszenen beobachten, wenn Bekannte und Freunde in verschiedenen Sprachen miteinander schwatzen).

Aber es gibt im ukrainischen Erfahrungsschatz auch schreckliche und durchaus lehrstückhafte Erfahrungen. Der nach dem Zusammenbruch des Zaren- und des Habsburgerreiches geführte ukrainische Unabhängigkeitskrieg von 1918 bis 1920 gegen Russland und Polen endete mit einer Niederlage. So wurden die zahlreichen europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts stets auch in die Ukraine getragen, und zwar mit besonderer Grausamkeit und so katastrophal, dass jahrzehntelang für Darlegungen und Diskussionen überhaupt nur ein schmaler Streifen des „Katastrophenspektrums“ zugänglich war, den man entweder mit Zentral- und Westeuropa (das Grauen des Zweiten Weltkriegs) oder mit dem Rest der kommunistischen Welt teilte (Gulag, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender).

Doch dass Stalins Völkermord in der Ukraine mehr Menschenleben als der Zweite Weltkrieg kostete (man schätzt etwa sechs Millionen ermordete Ukrainer); dass der Holocaust im Grunde genommen der zweite Akt der Katastrophe des ukrainischen Judentums war (der erste wurde bereits in den 1930er Jahren aufgeführt, als „jiddischsprachige Städtchen“ in Gulags umgesiedelt wurden und die Ukraine einen elementaren Teil ihres kulturellen Reichtums verlor); dass die

ukrainische Widerstandsbewegung, die Partisanenarmee, seit 1942 gegen die Naziokkupation und dann gegen die sowjetische Besatzung bis Mitte der 1950er Jahre kämpfte (der letzte ukrainische Partisan beendete am 25. August 1991 seinen Widerstand, einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine); oder dass Tschernobyl in psychologischer Hinsicht für die Ukrainer der Wendepunkt war, außerdem den totalen Bankrott des Sowjetregimes bedeutete (das dann gemäß dem Trägheitsgesetz zerfiel) – all diese gewaltigen, von Generation zu Generation nur mündlich weitergegebenen Gedächtnisschichten der historischen Erfahrung, über die man in offiziellen Formulierungen in der Ukraine erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit spricht (im November 2006 verabschiedete das ukrainische Parlament eine Deklaration, welche die Hungertragödie von 1933 als Genozid bezeichnet), sind außerhalb der Ukraine natürlich Terra incognita. Aber so kann es nicht bleiben, allein schon deshalb, weil ohne die „eliminierte(n) ukrainische(n) Geschichte(n)“ die europäische Retrospektive des 20. Jahrhundert einen schiefen Blickwinkel erhält, und auch, weil ohne diese „Geschichte(n)“ Historikern, Philosophen und Schriftstellern grundlegendes Material zur Reflexion über den moralischen Wert von Niederlagen im Schicksalslauf von Ländern und Völkern fehlen würde.

„Euch Ukrainern geht's doch gut“, sagte mir vor kurzem mit einem neidischen Lächeln eine russische Journalistin, „ihr streitet euch, diskutiert, explodiert, kämpft für etwas, glaubt an etwas... doch wir, wir hatten das ‚Große Russland‘, aber was ist uns geblieben außer der Nostalgie an Stalin.“ (Als ich den Roman „Feldstudien über ukrainischen Sex“ [Wien 2006] schrieb, quälte ich mich mit dem ukrainischen „Verliererkomplex“, und weil ich nicht wusste, wie ich ihn bewältigen sollte, schwieg ich beleidigt. Ich wäre nie auf die Idee gekommen, darüber nachzudenken, wie teuer Völker ihren „Siegerkomplex“ bezahlen.)

Licht ins Dunkel

Es geht nicht nur um die Neubewertung der Erfahrung von Niederlagen. Wesentlicher ist, dass Europa mental noch immer im Nachkriegseuropa lebt, in einer Welt, die vom Kal-

ten Krieg gestaltet wurde. Diese Gestaltung zu verändern, ohne die „Leichen im Keller“ auszugraben, wird kaum möglich sein. Der „ukrainische Keller“ muss freigelegt werden; davon bin ich felsenfest überzeugt. Die Erfahrungen eines Landes, das seine wie auch immer beschädigte Identität zu einer Zeit bewahrte, als es laut Logik der Geschichte kaum eine Chance hatte, wenigstens seinen Namen zu bewahren, eines Landes, das vor 15 Jahren bei Null anfang, seine Traditionen, einen „dritten Stand“, eine Mittelklasse so wiederzubeleben, dass es in Bürgerbewegungen und Massendemonstrationen seine Rechte und Freiheiten einforderte, ein solcher Erfahrungsschatz sollte im gesamteuropäischen Bewusstsein nicht fehlen.

Dies sollte auch eine Frage der gemeinsamen Anstrengung sein, Licht in die finsternen Kellerecken Europas zu bringen, denn es ist äußerst riskant, sie mit ins 21. Jahrhundert zu nehmen. In finsternen Ecken lassen sich bequem dunkle Geschäfte machen, und solange *businessmen* verschiedener Nationen hinter verschlossenen Türen Transaktionen durchführen, kann – zum Beispiel – jener immer noch nicht endgültig gesicherte Sarkophag des Reaktors 4 endgültig auseinanderbrechen und ohne Rücksicht auf diplomatische Protokolle die EU und die Ukraine auf immer in einer einzigen Zone vereinen – in einer, die für Menschen unbewohnbar sein wird.

Und dann heißt es tatsächlich nur noch: *no comments*.

Vitali Silitski

Sonderfall Lukaschenko

Ministerpräsident Matti Vanhanen fand zum Ende der finnischen EU-Ratspräsidentschaft deutliche Worte: Weißrussland gleiche einem „schwarzen Loch“ und einer hässlichen „Narbe auf dem Antlitz Europas“.¹ In den ersten Tagen des Jahres 2007 brachte sich dieses „schwarze Loch“ dem Kontinent nachdrücklich in Erinnerung – der Handelskrieg mit Russland und der kurzfristige Stopp der Erdöllieferungen nach Europa machten deutlich, dass „Europas letzte Diktatur“ Probleme aufwerfen könnte, die weit über moralische Bedenken über das Fortbestehen autoritärer Herrschaftsformen im Europa des 21. Jahrhunderts hinausgehen.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat sich den Stürmen der Demokratisierung bislang ebenso erfolgreich entgegengestemmt wie der jüngsten Welle von „Revolutionen“ an der Wahlurne, welche die postsowjetischen autokratischen Amtsinhaber in Georgien, der Ukraine und Kirgistan davonspülten. Zarte Hoffnungen, dass diese Welle die Weißrussen ebenfalls zu einem Volksaufstand bewegen könnten, zerschlugen sich im März 2006 mit dem klaren Sieg Lukaschenkos bei der Präsidentschaftswahl und seinem entschiedenen Vorgehen gegen all jene, die gegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl protestiert hatten.

Seit seinem Machtantritt 1994 hat Lukaschenko ein erstaunlich belastbares Herr-

Vitali Silitski

PhD, geb. 1972; bis 2003 Associate Professor an der European Humanities University in Minsk/Weißrussland; Visiting Scholar at the Center on Democracy, Development, and the Rule of Law, Stanford University, Encina Hall C, Stanford, CA 94305 – 6055, USA. Silitski@stanford.edu

Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Laux, Königswinter.

¹ Radio Free Europe/Radio Liberty, Outgoing EU Presidency Concerned About Russia, Belarus; www.rferl.org/featuresarticle/2006/12/2193BC62-8B08-476A-8922-71F023381565.html.

schaftsregime aufgebaut, das auf einem simplen, aber wirksamen Prinzip beruht: Die gesamte Maschinerie des Staates ist dem Ziel des persönlichen Machterhalts untergeordnet. Diese Logik durchdringt alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens und schützt das Regime bisher wirkungsvoll vor demokratischem Druck von außen. In vielen Analysen wird das Regime als sowjetisches oder neosowjetisches Regierungsmodell missverstanden, was auf die weiterhin im Überfluss vorhandenen Ordnungsmuster sowjetischen Stils zurückzuführen sein mag. Doch so, wie sich Propaganda sowjetischen Stils in Weißrussland mit der Werbung für Luxusgüter abwechselt, stellt auch die politische Wirklichkeit eine bizarre Mischung dar, welche die sich wandelnde Natur eines „modernen“ Autoritarismus widerspiegelt, der sich in einem zunehmend liberalen Umfeld zu behaupten hat.

Präemptiver Autoritarismus

Lukaschenkos modernisierte Autokratie ist – anders als das totalitäre Sowjetsystem – um eine besondere Form der Legitimität durch Wahlen angereichert. Lukaschenko trat sein Amt nach freien und auf Wettbewerb beruhenden Wahlen an; sein Sieg mit einem rückwärts gerichteten, antidemokratischen Programm spiegelte die Stimmung in der Gesellschaft wider: vergleichsweise positive Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten des Kommunismus und eine schwach ausgeprägte nationale Identität. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde weithin als Katastrophe und Tragödie betrachtet. Ausgestattet mit einem starken Mandat nutzte Lukaschenko seine Popularität, die Anfang der neunziger Jahre aufkeimenden demokratischen Institutionen zu zerschlagen. Seinen Anhängern hatte er den Griff nach der Macht als einzigen Weg zur Aufrechterhaltung von Ordnung und ökonomischer Sicherheit verkauft.

Ein weiteres wesentliches Merkmal des Lukaschenko-Regimes ist die unbegrenzte persönliche Kontrolle. Selbst eine Regierungspartei fehlt, welche die Übergriffe des Machthabers ab und an zügeln könnte. Stattdessen herrscht der Präsident persönlich über die Legislative, die Exekutive, die Gerichte, die Regierungsbürokratie und vor allem über die

Sicherheitskräfte, die keiner Kontrolle unterliegen und auch auf die Wirtschaft und die Außenpolitik Einfluss nehmen. Dies alles hat eine hoch zentralisierte, präsidiale „Vertikale der Macht“ entstehen lassen, in der Ernennungen und Beförderungen vor allem aufgrund persönlicher Loyalität erfolgen. Lukaschenko kann abweichende und konkurrierende Strömungen innerhalb des Machtapparats leicht überwachen und gegen diese vorgehen; Reformen von innen sind ausgeschlossen. Angesichts der Tatsache, dass er die Opposition auch in freien Wahlen leicht besiegen könnte, mag Lukaschenkos Streben nach unbegrenzter Herrschaft als unnötig erscheinen. Und doch ist es Ausdruck eines weiteren Wesensmerkmals des Regimes: der Neigung, die Opposition zu identifizieren und zu zerschlagen, bevor sie an Stärke gewinnt. Ich bezeichne diese Logik als präemptiven Autoritarismus. Gemäß dieser Logik geht die Regierung auch gegen schwache politische Parteien vor, es werden Oppositionelle politisch kaltgestellt, selbst wenn sie noch keine ernsthafte politische Bedrohung darstellen. Sie greift die unabhängige Presse an, selbst wenn diese kaum gelesen wird, und zerschlägt Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sobald sie über die urbane Subkultur hinauszureichen beginnen.

Präemptiver Autoritarismus prägt die Regierungszeit Lukaschenkos bereits seit 1994. In einem ersten Schritt führte seine Regierung die Zensur der staatlichen Medien wieder ein und stärkte die Befugnisse der Sicherheitskräfte. Sie zerschlug private Unternehmen, die erwiesene Gegner Lukaschenkos finanzierten oder denen dies unterstellt wurde, und entzog der Opposition die wirtschaftliche Basis. In einer zweiten Phase trieb Lukaschenko im November 1996 das Referendum über eine Verfassungsänderung voran, die ihm alle Machtbefugnisse zugestehen sollte. Führende Oppositionelle und die wahrscheinlichsten Mitbewerber um das Präsidentenamt verschwanden 1999 auf mysteriöse Weise und wurden vermutlich von Spezialeinheiten der Polizei entführt. Diese Maßnahmen verdeutlichten Lukaschenkos Gegnern, dass der Preis für eine Konfrontation mit der Regierung unerschwinglich war. Sofort nach seiner ersten Wiederwahl 2001 ging Lukaschenko daran, die strikte Kontrolle des Staates über die Gesellschaft auszubauen. Seine Regierung führte eine massive Kampagne

gegen die Zivilgesellschaft und die unabhängige Presse und erließ Beschäftigungsgesetze im öffentlichen Sektor, die Entlassungen erleichtern. So knüpfte er die Sicherheit von Arbeitsplätzen an politische Loyalität und beseitigte selbstorganisierte Gesellschaftsbereiche, in denen eine demokratische Opposition hätte überleben können. Im Oktober 2004 ließ Lukaschenko ein weiteres Referendum über die Verfassung durchführen, das ihm eine lebenslange Amtszeit ermöglichen sollte. Es gab kaum organisierten Widerstand, obwohl unabhängige Meinungsumfragen darauf hindeuteten, dass Lukaschenko möglicherweise verloren hätte, wären die abgegebenen Stimmen nur korrekt ausgezählt worden.¹²

Am Ende verstand es Lukaschenko sogar, die Welle demokratischen Wandels in der Region für sich zu nutzen. Er konnte die Techniken zur Mobilisierung der Massen, die Wahlkämpfe und die Straßenproteste, welche die Opposition in Serbien, der Ukraine, Georgien und Kirgistan zum Sturz der Machthaber nutzte, aus nächster Nähe beobachten. Lukaschenko erwies sich als gelehriger Schüler, der eine Wiederholung dieses Szenarios in seinem Land unbedingt zu verhindern suchte. Nach der ukrainischen Revolution und im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im März 2006 vervollständigte die Regierung daher ihre autoritäre Herrschaft und nahm kritische Organisationen und Netzwerke ins Visier. Insbesondere ging die Regierung gegen NGOs vor, welche den Verlauf der Wahl beobachten wollten, sowie gegen unabhängige Meinungsinstitute, die das offizielle Wahlergebnis hätten anzweifeln können. Sie zerstörte die Organisationsgrundlage der politischen Parteien, begrenzte die wenigen Publikationen der legalen oppositionellen Presse auf kaum mehr 30 und sperrte diesen die staatlichen Handels- und Vertriebswege. Zudem setzte sie Vorschriften gegen die meisten Formen ausländischer Unterstützung in Kraft. Am Vorabend der Präsidentschaftswahl schließlich ergänzte das Parlament das Strafrecht, um NGOs ohne offizielle Registrierung bestrafen sowie Vergehen wie die „Organisation von Massenunruhen“ oder die

„Diffamierung“ des Landes auf internationaler Ebene ahnden zu können.

Der „korporatistische Staat“ und die Opposition

Mit diesen präemptiven Maßnahmen hielt Lukaschenko die „revolutionäre Seuche“ von seinem Land fern und schloss aus, dass das politische System mittels Wahlen verändert werden könnte. Es entstand eine trostlose politische und soziale Landschaft, der es an institutionellen Faktoren und Organisationsmöglichkeiten fehlt. Kurz vor der Wahl im März 2006 erklärte Lukaschenkos Funktionär für ideologische Kontrolle, es sei das höchste Ziel des Regimes, Weißrussland in einen „korporatistischen Staat“ umzuwandeln.¹³ Diese Bezeichnung weckt beunruhigende Assoziationen mit autoritären Diktaturen der europäischen Zwischenkriegszeit, spiegelt aber den Charakter des Systems wider. Mit wirtschaftlichen und administrativen Mitteln wurde die bedingungslose Unterordnung des Einzelnen unter den Staat erreicht, autonome Gesellschaftsbereiche wurden ihrer Legitimität beraubt, unerwünschte politische Aktivitäten wurden unter Strafe gestellt und die Unterdrückung institutionalisiert. Dies führte zu einer Restauration von staatlich-gesellschaftlichen Beziehungen, wie sie bereits zur Sowjetzeit bestanden hatten.

Dieser Gesellschaftsvertrag stützt sich auf ein bemerkenswertes Maß an sozialem Zusammenhalt und wirtschaftlicher Stabilität. Weißrussland weist seit 1996 Wirtschaftswachstum auf. Seit 2003 hat es sich noch beschleunigt und ist auf durchschnittlich zehn Prozent im Jahr gestiegen. Zwischen 2003 und 2006 hat sich das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung von 100 auf mehr als 270 US-Dollar erhöht. Aufgrund dieser Daten konnte die Regierung das Auskommen jener Schichten garantieren, von denen der Status quo am ehesten unterstützt wird – ältere Menschen, die Landbevölkerung und zu einem großen Teil auch die Arbeiter der großen Industrieunternehmen, die mit staatlicher Unterstützung am Leben gehalten werden. Als zusätzliche Stütze des korporatistischen

¹² Vgl. David Marples, Belarus Referendum Results Disputed, in: Eurasia Daily Monitor vom 20. 10. 2004; www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=401&issue_id=3113&article_id=2368713.

¹³ A Corporate Country, in: Telegraf news agency, 3. 4. 2006; <http://publish.telegraf.by/blog/2006/04/03/korpo/>.

Staates hat sich die Virtualisierung des politischen und öffentlichen Lebens erwiesen, über die eine nahezu totale Informations- und Medienkontrolle erzielt wird. Indem das Regime unabhängige Meinungen unterdrückt, formt es die öffentliche Meinung. Die Propaganda rühmt die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung und zeichnet ein düsteres Bild des ökonomischen Niedergangs, der sozialen Entwurzelung und politischer Krisen in den Nachbarländern, die sich anders als Weißrussland auf wirtschaftliche Reformen einließen.¹⁴ Überdies verbreiten die staatlichen Medien immer wieder Horrorgeschichten über den demokratischen Wandel in der früheren Sowjetunion und deuten an, dass die weißrussische Opposition genau jenes Chaos anstrebe, um an die Macht zu gelangen.

Die korporatistische Ausrichtung des Staates und die staatlich entworfene Wirklichkeit sind eng miteinander verflochtene Phänomene. Die öffentliche Zustimmung zum Status quo hängt nicht nur davon ab, ob die Regierung Sicherheit und Stabilität garantieren kann, sondern auch davon, ob sie die Gesellschaft überzeugen kann, dass die politische Ordnung und das Wirtschaftssystem für den Durchschnittsbürger die beste Wahl darstellen. Die Verbreitung derartiger Überzeugungen wird durch die internationale Isolation erleichtert. Die Isolation, etwa Lukaschenkos Einreiseverbot in die EU, bietet Schutz vor unwillkommenem Demokratisierungsdruck und kulturellen Einflüssen. Folglich zeigt die Regierung wenig Interesse daran, dass Weißrussland in den Europarat zurückkehrt oder eine Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eingeht. Politischen Entscheidungsträgern, Journalisten und Bürgerrechtlern verweigert sie die Einreise, der Austausch von Informationen sowie kulturelle und intellektuelle Kontakte werden unterdrückt, und Bildungseinrichtungen, die westliche Lernmethoden verbreiten (etwa die European Humanities University in Minsk), werden geschlossen. Selbst Hilfsprogramme im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl, die weißrussischen Kindern einen Erholungsauf-

enthalt in EU-Staaten ermöglichen, werden gekürzt, denn solche Aufenthalte setzen den Nachwuchs nach Auffassung Lukaschenkos „westlichem Konsumdenken“ aus.¹⁵

Die Regierung schirmt Weißrussland zwar vor politischen und kulturellen Einflüssen aus Europa ab, ist aber zu einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen bereit. Etwa 50 Prozent der Exporte gehen in die EU, zum größten Teil veredelte Erdölprodukte aus einer Handvoll staatlich kontrollierter Raffinerien. Deshalb zeitigt dieser Handel auch kaum jene gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen, die von einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zu erwarten wären. Ironischerweise trägt die EU somit de facto zur wirtschaftlichen Unterstützung des Systems Lukaschenko bei.

Eines der wenigen Schlupflöcher in Lukaschenkos „korporatistischem Staat“ besteht in der Durchführung von Wahlen, die zumindest formal dem Anspruch politischen Wettstreits genügen. Damit eröffnet sich der Opposition zwar die Chance zur Organisation, aber ihr Überleben hängt angesichts des von Repression und Angst geprägten Klimas zunehmend vom persönlichen Mut und der Entschlossenheit ihrer Aktivisten ab. Die demokratische Gemeinschaft in Weißrussland genießt, obgleich sie eine Minderheit darstellt, beträchtliche Sympathien und Unterstützung. Diese gesellschaftliche Opposition verhält sich jedoch weitgehend passiv und geht über Debatten im Familien- und Freundeskreis nicht hinaus. Ihr aktiver Teil, die Oppositionsparteien, die NGOs sowie engagierte Individuen (etwa Kulturschaffende und Intellektuelle), wurde in die Nähe einer politischen Subkultur gerückt. Dieses Netzwerk, das an die Dissidentenbewegung zur Sowjetzeit erinnert, kann kaum die Rolle einer konventionellen politischen Opposition spielen oder gar deren Ziele erreichen, da seine Möglichkeiten, Einfluss auf politische Prozesse und die Machtverteilung im Land auszuüben, zunehmend eingeschränkt werden.

Erstens führt offen ausgedrückte Unzufriedenheit zum Verlust an materieller Sicherheit

¹⁴ Im Juni 2006 glaubten 31 % der Weißrussen, dass der Lebensstandard in ihrem Land höher liege als in der EU. Vgl. Independent Institute for Socio-Economic and Political Studies opinion poll, Winter 2006; www.iiseps.org/data06-02-61.html.

¹⁵ Vgl. Freedom House (Ed.), Belarus 2005. Freedom House Freedom in the World Report, 2005; www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=358&year=2005&display=democ.

und Lebensperspektiven. Die Bürgerinnen und Bürger hängen hinsichtlich der Erfüllung ihrer Lebensziele und Hoffnungen immer stärker von der Regierung ab. Letztlich hat sich der aktive Kern der Opposition im Lauf der Jahre auf jene reduziert, die vor langer Zeit durch das Netz des „korporatistischen Staates“ gefallen sind und nicht willens oder in der Lage sind, wieder unter die Fittiche der Regierung zurückzukehren.

Zweitens bröckelt die Basis der Opposition: Jene sozialen Schichten, die traditionell das Rückgrat des Widerstands bilden und unter anderen Bedingungen mehr als andere zu demokratischen Veränderungen beitragen könnten, werden von der Regierung zunehmend kooptiert. Gerade in der jungen Generation ist die Bereitschaft gewachsen, das Regime im Austausch gegen höhere Einkommen und eine Karriere in der Regierung, den Medien, in der Wirtschaft oder im Bildungsbereich aktiv zu unterstützen. Die jüngere Generation, deren Ansichten, Bewusstsein und Hoffnungen in der kurzen Zeit der politischen Liberalisierung der späten achtziger und frühen neunziger Jahre geformt wurden, war eine treibende Kraft der demokratischen Opposition gewesen. Die jungen Leute von heute haben jedoch noch nie einen anderen Machthaber als Lukaschenko erlebt.

Drittens liegt die Toleranzschwelle für den Machtmissbrauch und die Verletzung von politischen und bürgerlichen Rechten erstaunlich hoch. Solange Lukaschenko allein die Opposition attackiert, reagiert die Öffentlichkeit auf politische Unterdrückung, Attacken der Massenmedien und die Unterminierung der Wahlverfahren mit Indifferenz.

Präsidentschaftswahl 2006

Die Opposition kämpft um ihr Überleben und muss ihre Bedeutung in einem Umfeld unter Beweis stellen, in dem ihre Rolle darauf reduziert wird, bei zeremoniellen Wahlübungen mit vorhersehbaren Ergebnissen unter der Rubrik „ferner liefern“ zu rangieren. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 19. März 2006 fühlte sich die Opposition inspiriert von der ukrainischen „Revolution in Orange“. Angesichts von Unterdrückung und Diffamierung entwickelte sich ihr Wahlkampf zu einer mutigen Schlacht. Kurz vor

der Wahl wurden mindestens 200 Widerständler in Haft genommen oder mit Geldstrafen belegt. Vier NGO-Wahlbeobachter wurden festgenommen und beschuldigt, einen terroristischen Anschlag geplant zu haben.¹⁶ Die offiziellen Medien heizten die Hysterie weiter an, der weißrussische KGB drohte, all jene, die es wagen sollten, gegen die Wahlergebnisse zu protestieren, als Terroristen zu betrachten und möglicherweise mit dem Tode zu bestrafen. Trotzdem engagierten sich landesweit tausende Aktivisten im Wahlkampf, ermutigt durch das kämpferische Auftreten der Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch, dem Anführer der Vereinigten Demokratischen Kräfte, und Alexander Kazulin, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Kazulins beißende Attacken gegen Lukaschenko fanden in der Öffentlichkeit ein beträchtliches Echo. Er bewies bemerkenswerten Mut bei der Organisation von Straßenprotesten. Für diese Courage zahlte er einen hohen Preis: Zweimal wurde er von der Bereitschaftspolizei verprügelt, bevor er am 25. März verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von fünfeneinhalb Jahren verurteilt wurde.

Die Veröffentlichung der offiziellen Wahlergebnisse¹⁷ löste Massenproteste aus, bei denen sich bis zu 25 000 Menschen in Minsk versammelten und den Drohungen der Sicherheitskräfte trotzten. Die Demonstrationen hielten mehrere Tage an, und es entstand – wie in Kiew während der „Revolution in Orange“ – ein Zeltlager. Die Demonstranten forderten freie und faire Neuwahlen. Doch die Proteste nahmen schnell ab, zumal es keine Anzeichen dafür gab, das Regime oder sein Unterdrückungsapparat werde angesichts der Straßendemonstrationen den Rückzug antreten oder gar in sich zusammenstür-

¹⁶ In einem nichtöffentlichen Gerichtsverfahren wurden sie gemäß der NGO-Bestimmungen des Strafrechts verurteilt.

¹⁷ Vgl. die offiziellen Ergebnisse: www.rec.gov.by/elect/prrb2006/itog.html. Mit einem Anteil von 83 % wurde Lukaschenko zum Wahlsieger erklärt; auf Milinkewitsch entfielen 6 %, auf Kazulin 2 %. Selbst die Schätzungen unabhängiger Institute gaben den Amtsinhaber als Wahlsieger an, auch wenn sie die Höhe seines Sieges nicht bestätigten. Gemäß den Angaben des Independent Institute for Socio-Economic and Political Studies hätte Lukaschenko bei einer fairen Auszählung 63 % der Stimmen erzielen können, Milinkewitsch 20 % und Kazulin 4 %; vgl. www.iiseeps.org/3-06-1.html.

zen. Die Massenmedien diffamierten die Demonstranten so lange als Söldner, Zuhälter und Junkies, bis sich die Mehrheit der Bevölkerung schließlich hinter die Polizeiaktionen stellte. In einem letzten Aufbegehren rief die Opposition am 25. März zu einem Protestmarsch auf, den die Bereitschaftspolizei auseinandertrieb. Menschenrechtsgruppen zufolge lag die Zahl der vor und nach dem Wahlkampf Festgenommenen und Inhaftierten bei etwa 1 000 Personen.¹⁸

Nach der Wahl kämpfte die Opposition darum, nicht wieder in Apathie zu verfallen. Die jungen, von den Verhaftungen unbeeindruckten Aktivisten organisierten weitere Proteste, doch verliefen auch diese im Sande, als die Behörden härter durchzugreifen begannen. Hunderte junger Menschen, meist Studenten, die aufgrund der Verhaftungen ihre Stipendien und Arbeitsplätze verloren hatten, wurden gezwungen, ins Ausland zu gehen. Wie tief die Krise der Opposition reichte, war schon im Vorfeld der Kommunalwahlen am 13. Januar 2006 offenkundig geworden; auch gemeinsam war es den Oppositionsparteien nicht gelungen, mehr als 500 Kandidaten für mehr als 24 000 Wahlbezirke aufzustellen. Zu Beginn des Jahres 2007 hat sich die Einheit der Opposition vollends aufgelöst.

Angesichts der Gegebenheiten in Weißrussland ist es nur logisch, dass demokratisches Engagement Formen zivilen Ungehorsams annimmt, der an die Dissidentenbewegung der Sowjetzeit erinnert. Nach der Präsidentschaftswahl entwickelte sich eine Gemeinschaft demokratischer Bürger, die sich bislang noch nicht aktiv in der Opposition engagiert. Gestärkt durch den Wahlkampf entwickelten sie neue Formen politischer Aktivität. Dieser Teil der Opposition war verantwortlich für eine sprunghafte Zunahme unkonventioneller Protestaktionen, etwa *flash mobs* (Menschengruppen, die sich kurz treffen, eine Aktion durchführen und sich rasch wieder zerstreuen) und Aufführungen in den Straßen. Landesweit wurden Solidaritätsaktionen für politische Gefangene organisiert, strotzten die Diskussionsforen und Blogs im Internet vor Vorschlägen und Aufrufen zum Handeln, seien es nun Samisdat-

Veröffentlichungen oder neue Websites, mit denen versucht wird, das Informationsmonopol des Staates zu brechen. Einige der aus den staatlichen Vertriebsnetzen genommenen Zeitungen starteten Solidaritäts- und Fundraisingkampagnen und sicherten so ihr wirtschaftliches Überleben. Darüber hinaus traten vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2006 eine Reihe von Bürgern, die von den Behörden diskriminiert worden waren und ihre Hoffnungs- und Machtlosigkeit als Waffe einsetzen, in den Hungerstreik.

Energiekonflikt mit Russland

Die Hoffnung auf eine demokratische Zukunft ist eng verknüpft mit dem Beharrungsvermögen der Zivilgesellschaft. Diese Hoffnung ändert nichts an der düsteren Realität, einem versteinerten autoritativen Umfeld, doch sieht Lukaschenko keiner sorgenfreien Zukunft entgegen. Vielmehr wird es für ihn mit der Zeit eine enorme Herausforderung darstellen, die steigenden gesellschaftlichen Erwartungen zu erfüllen, die seine innenpolitische Legitimität festigen. Angesichts des für Politik und Wirtschaft günstigen äußeren Klimas und der Bereitschaft Russlands, die wirtschaftlichen und politischen Kosten zur Aufrechterhaltung des Regimes zu tragen, war es in der Vergangenheit leicht, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die drastische Erhöhung der Gaspreise und das Ende der zollfreien Öleinkäufe in Russland haben die bilateralen Beziehungen seit Januar 2007 grundlegend verändert. Zwar werden Weißrussland immer noch günstigere Preise eingeräumt als anderen früheren Sowjetrepubliken, doch droht der neue Preis den strapazierten Gesellschaftsvertrag zu untergraben, denn ohne Vorzugsbehandlung wären die großzügigen Gehälter und Sozialausgaben der vergangenen Jahre nicht möglich gewesen.

Das Ende der Vorzugsbehandlung fand zunächst kaum politischen Widerhall. Tatsächlich hat Moskau seine politische Unterstützung für Minsk offiziell nie aufgekündigt. Vor einem Jahr erst verteidigte der Kreml die Durchführung der Präsidentschaftswahl, und der russische Außenminister beschuldigte internationale Organisationen, eine „aufführende Rolle“ gespielt zu haben.¹⁹ Der Entzug

¹⁸ Informationen des Menschenrechtszentrums Spring 96: www.spring96.org/by/news/3997/ sowie /4154/.

¹⁹ RFE/RL newslines, Russia Blames OSCE For Tensions In Belarus vom 24. 3. 2006; www.rferl.org/fea-

der russischen Subventionen wurde erst angekündigt, als Lukaschenkos Wahlsieg im März 2006 sicher war. Die Erhöhung der Rohölpreise ist mehr als ein politisches Druckmittel. Zum einen will man sich in einem politisch relativ ungefährlichen Moment eines großen Teils der Kosten entledigen, die zur Unterstützung Lukaschenkos erforderlich sind. Zum zweiten drängt Moskau darauf, dass Lukaschenko sein Versprechen einlöst, die wichtigsten Erdgas-Transitleitungen zu privatisieren.

Vor diesem Streit war die Überzeugung weit verbreitet, die Einnahmeausfälle würden Lukaschenkos Macht schwächen. Doch Lukaschenko unternahm den ungestümen Versuch, die Vorteile und Rabatte zu bewahren, die Russland ihm verweigern wollte, und den finanziellen Schlag durch eine Erhöhung der Transitgebühren für Erdgas und einen neuen Transitzoll für Erdöl abzuschwächen. Als die russischen Firmen sich weigerten, diesen Zoll zu bezahlen, kam es zur Einstellung der Erdöllieferungen nach Europa. Viele Beobachter sind der Auffassung, Lukaschenko habe diese Entwicklung möglicherweise beabsichtigt, um in Europa Sympathien zu gewinnen, wo der 2006 zwischen Russland und der Ukraine ausgetragene Erdgasstreit noch in Erinnerung war. Lukaschenko hatte sich bezüglich der europäischen Reaktion auf die Krise aber wohl geirrt: Anders als für die demokratisch gewählte und prowestlich ausgerichtete ukrainische Regierung unter Wiktor Juschtschenko hegt Europa für Lukaschenko nur wenig Sympathie.

Lukaschenko kann sich künftig nicht mehr sicher sein, ein Umfeld vorzufinden, das der Konsolidierung seiner Herrschaft förderlich ist, oder dass Russland bereit ist, sein Regime zu subventionieren. Doch es wäre abwegig, von ihm eine Transformation oder auch nur eine partielle Liberalisierung des Regimes zu erwarten. Viel wahrscheinlicher ist es, dass das Regime sich immer stärker auf seinen Unterdrückungsapparat sowie politische und administrative Kontrollmechanismen verlässt.¹⁰

Der Energiekonflikt erinnerte daran, dass Weißrussland trotz der politischen Isolation eine Herausforderung für Europa darstellt. Über das Land wurde im vergangenen Jahr in den europäischen Medien häufiger berichtet als jemals zuvor. Die Oppositionsführer wurden in Europa mit Menschenrechtspreisen bedacht, Universitäten boten den in Weißrussland suspendierten demokratischen Aktivisten Möglichkeiten zur Fortsetzung ihres Studiums. Offiziell wurde die Durchführung der Präsidentschaftswahl von der EU scharf verurteilt, und es wurden wichtige Sanktionen gegen die obersten Vertreter des Regimes verhängt. Der Europarat hat die Vorzugsbehandlung in den Handelsbeziehungen im Dezember 2006 so lange ausgesetzt, bis Weißrussland Grundfreiheiten und vor allem das Recht auf freie Gewerkschaften wiederherstellt.

Sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Institutionen der EU ertönte der immer lautere Ruf nach einer europäischen Politik, die zur Förderung der Demokratie beiträgt. Doch Lukaschenkos präemptiver Autoritarismus und seine Neigung zur selbst herbeigeführten Isolation machen den Einfluss der EU im Lande unerwünscht. Das Regime ist einzig auf das eigene Überleben ausgerichtet, was eine an Bedingungen geknüpfte „Politik der kleinen Schritte“¹¹ als angemessenes politisches Werkzeug ausschließt. Jeder substanzielle Schritt der EU war an die Bereitschaft der weißrussischen Behörden geknüpft, die Kontrolle im Land zu lockern. Diese Umstände machen auch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) – das wichtigste Instrument der EU in den Beziehungen zu ihr nicht angehörenden Ländern – zu einem großenteils bedeutungslosen politischen Instrument.

Eine realistischere Option hätte im direkten Austausch mit der Zivilgesellschaft und den demokratischen Kräften liegen können, doch beruhen die meisten Hilfsprogramme der EU auf intergouvernementaler Zusam-

tures article/2006/03/0555e6d7-43dd-40ce-aa6c-81808a2b8bba.html

¹⁰ Die Medien veröffentlichten mitten in der „heißen Phase“ des Energiekonflikts Informationen über eine Gehaltserhöhung bei der Bereitschaftspolizei um das Vierfache; vgl. Better than in Europe, in: Narodnaya

Volya (Minsk) vom 7. 1. 2007; <http://nv-online.info/index.php?c=ar&i=1878>.

¹¹ The EU's Relations with Belarus: Overview, European Union information; http://ec.europa.eu/comm/external_relations/belarus/intro.

menarbeit. In der Vergangenheit gehörten jedoch gerade Regierungsstellen und nicht die Zivilgesellschaft zu den größten Nutznießern dieser Hilfen, die manchmal geradezu zynische Resultate erbrachten. So wurde zum Beispiel ein Gefängnis in Minsk mit Mitteln aus dem TACIS-Programm wieder aufgebaut, das später als Arrestanstalt für demokratische Aktivisten diente.

Zur Förderung der Demokratie in Weißrussland sind Instrumente nötig, die oppositionelle Gruppen und demokratische Bürger unterstützen, ohne ihren Status und ihre Beziehungen zur Regierung zu berücksichtigen. Es ist unvermeidlich, dass die Unterstützung für die Zivilgesellschaft Zweifel aufwerfen wird, und es ist nicht klar, ob sie sich jemals auszahlen wird. Doch die Zusammenarbeit mit unteren Rängen der Bürokratie und mit Experten, die sich nicht unmittelbar an politischer Unterdrückung beteiligen, sowie eine nicht-politisierte Unterstützung wie Bildungsaustausch und Weiterbildungsprogramme für Fachkräfte und Geschäftsleute sollten wo immer möglich vorangetrieben werden.

Erstens kann die EU-Unterstützung dazu beitragen, das Informationsmonopol der Regierung zu brechen. In der Vergangenheit hat die EU Projekte im Informationsbereich (etwa Auslandssender) unterstützt, doch hatte dies geringe Auswirkungen, weil Programme und Stationen vom Zielpublikum oft nicht zu empfangen waren.¹² Angesichts der Verbreitung der Informationstechnologie in Weißrussland werden viele dieser Initiativen jedoch bald weitaus bessere Erfolgsaussichten haben.

Zweitens sollte die EU zugänglicher werden: Kontakte zwischen Weißrussen und EU-Bürgern könnten eine echte Chance darstellen, den Griff der Propaganda zu lockern und die von der Regierung geschürten Ängste vor den Folgen politischen und demokratischen Engagements zu zerstreuen. Ohne diese Erleichterungen und ohne eine (einseitige) Libe-

ralisierung des EU-Visa-Regimes wird dies unmöglich sein.

Drittens müssen Entscheidungen vermieden werden, die Lukaschenkos Politik zuträglich sind. Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist die Absicht der EU, von Juni 2007 an die Kosten eines Schengen-Visums für Weißrussen von 35 auf 60 EUR anzuheben.¹³

Bei realistischer Einschätzung verfügt die EU gegenwärtig über keine guten politischen Optionen gegenüber Weißrussland. Doch die Bedingungen für eine Transformation im Land werden umso günstiger, je stärker die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sind. Die Alternative wäre das vergebliche Warten auf ein Umdenken und eine neue Politik der weißrussischen Staatsgewalt.

¹² So wurden Radiobeiträge über Kurzwelle ausgestrahlt, für die nur schwer Empfangsgeräte zu finden sind. Die auf einem Internetzugang beruhenden Medien erfordern Hochgeschwindigkeitszugänge, die in Weißrussland noch immer kaum zu haben und unerschwinglich sind.

¹³ Vgl. Grzegorz Gromadzki, A Difficult Case. Belarus as the Part of the European Neighborhood Policy, in: International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs, 15 (2006) 2, S. 37–45.

Die russische Politik gegenüber der Ukraine und Weißrussland

Auch gut 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion bestehen starke Interdependenzen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken. Diese sind sowohl politischer als auch sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur. Ihre Wirkungen

Sabine Fischer

Dr. phil., geb. 1969; wissenschaftliche Mitarbeiterin am EU Institute for Security Studies (ISS), 43 Avenue du Président Wilson, 75775 Paris 16/ Frankreich.
sabine.fischer@iss.europa.eu

auf die Regionalbeziehungen zwischen den 15 neuen Staaten sind widersprüchlich.¹

Während die Kompatibilität einzelner Sektoren zur Verstärkung wirtschaftlicher Kooperation und Integration, beispielsweise der russischen und

weißrussischen Rüstungsindustrien, geführt hat, belasten die ungelösten ethnopolitischen Konflikte in Moldawien, Georgien und Aserbaidschan die bilateralen Beziehungen und verschärfen die Fragmentierung der Region. Die Russische Föderation als politisch und militärisch mächtigster und wirtschaftlich stärkster Nachfolgestaat der Sowjetunion nimmt auf fast allen Ebenen der regionalen Beziehungen eine Schlüsselrolle ein.

Die westlichen Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere die Ukraine und Weißrussland (Belarus), sind seit Beginn der Eigenstaatlichkeit von besonderer Bedeutung für die russische GUS-Politik. Die Ukraine und Weißrussland gelten als die ehemaligen Sowjetrepubliken, welche der russischen Gesellschaft kulturell am nächsten stehen. Neben großen russischen Minderheiten in beiden Ländern sind die Landessprachen dem Russischen eng verwandt. In weiten Teilen von Weißrussland, aber auch in der Ukraine ist Russisch

als Verkehrssprache verbreitet. Die Beziehungen zwischen den Gesellschaften sind durch vielfältige zwischenmenschliche Kontakte eng. Nationalistische und expansionistische Träume von der Wiedererrichtung eines sowjetischen oder russischen „Reiches“ auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, welche in den kontroversen politischen Diskursen im Russland der 1990er Jahre Konjunktur hatten, richteten sich deshalb zuerst auf diese beiden Staaten.² Die Ukraine und Weißrussland spielen als Transitstaaten für russische Energieexporte eine zentrale Rolle.

Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist die geographische Situation Weißrusslands und der Ukraine bedeutend, da sie „zwischen“ Russland und Westeuropa bzw. den westeuropäischen und transatlantischen Bündnissen liegen. In den 1990er Jahren war diese Brücken- oder Pufferposition bedeutsam im Zusammenhang mit der ersten NATO-Osterweiterung um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Seit einigen Jahren, besonders seit der Erweiterung 2004, hat auch die EU im postsowjetischen Raum immens an Gewicht gewonnen. Da Russland die Region als seine Einflussphäre betrachtet, hat sich eine Integrationskonkurrenz zwischen Moskau und Brüssel entwickelt, deren Austragungsort die westliche GUS ist. Damit sind die Beziehungen zu den westlichen Nachbarn auch eine Determinante für das Verhältnis Russlands zu seinen wichtigsten politischen und Handelspartnern in der EU.

Dieser Beitrag analysiert die Beziehungen Russlands zu den beiden westlichen Nachbarn unter besonderer Konzentration auf Wandlungsprozesse nach dem Amtsantritt von Präsident Vladimir Putin. Es geht zunächst um die Entwicklung der Außenpolitiken der drei Staaten sowie der bilateralen Beziehungen, bevor diese im regionalen Kontext

¹ Vgl. Sabine Fischer, Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum: Voraussetzungen, Erwartungen, Potenziale, in: Internationale Politik und Gesellschaft, (2006) 1, S. 134–149; Andrei P. Tsygankov, If Not by Tanks, then by Banks? The Role of Soft Power in Putin's Foreign Policy, in: Europe-Asia Studies, 58 (2006) 7, S. 1079–1099.

² Vgl. Sabine Fischer, Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Analyse, Frankfurt–New York 2003; Rolf Peter, Russland im neuen Europa. Nationale Identität und außenpolitische Präferenzen (1992–2004), Münster 2005.

interpretiert werden. Die These lautet, dass Russland, welches in seiner Politik gegenüber Weißrussland und der Ukraine einen jeweils spezifischen Mix von außenpolitischen Instrumenten einsetzt, in beiden Staaten sowie in der westlichen GUS insgesamt in den vergangenen Jahren eklatante Einflussverluste hinnehmen musste. Die Reaktionen auf diese Entwicklung machen sich sowohl in den bilateralen weißrussisch- bzw. ukrainisch-russischen als auch in den regionalen und internationalen Beziehungen bemerkbar.

Ukrainische Außenpolitik

Die Außenpolitik der Ukraine schwankte von Beginn an zwischen „Ost“ und „West“. Zwar trat die Ukraine der GUS bei (ohne die Grundakte zu unterzeichnen), reagierte jedoch mit großer Zurückhaltung auf russische Versuche, die Integration der postsowjetischen Staaten im Rahmen dieses Bündnisses zu vertiefen. Gleichzeitig sendete die Administration unter Leonid Kutschma immer wieder starke Signale nach Westen. 1997 unterzeichnete der ukrainische Präsident die Grundakte NATO-Ukraine, welche der Ukraine einen Sonderstatus in den Außenbeziehungen zur NATO einräumte. Wenige Monate zuvor war ein ähnliches Dokument mit Russland unterzeichnet worden, unter anderem, um russischen Protesten gegen die erste NATO-Erweiterungsrunde zu begegnen. Der Abschluss der „Charta über eine besondere Partnerschaft“ verlieh der Ukraine, die zuvor ebenso wie die anderen postsowjetischen Republiken Teilnehmerin am Programm „Partnerschaft für den Frieden“ war, eine besondere Position.¹³ 2002 veröffentlichte die ukrainische Führung eine „Langzeitstrategie“ für den NATO-Beitritt. Diese Tendenz wurde verstärkt durch die aktive ukrainische Rolle bei der Gründung der GU(U)AM,¹⁴ einer Organisation, welche mit Unterstützung der USA ein geopolitisches Gegengewicht zu Russland bilden sollte. 1998 schloss die Ukraine als zweiter Staat auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach der Russischen Föderation ein Partner-

schafts- und Kooperationsabkommen mit der EU.

Die ukrainische Innenpolitik war von widersprüchlichen Tendenzen gekennzeichnet. Nach seiner Wiederwahl ernannte Kutschma zwar das liberale und pro-westlich orientierte Politikergespann Viktor Juschtschenko und Boris Tarasjuk zum Premier- bzw. Außenminister und signalisierte Bereitschaft zu weiterer Annäherung an den Westen. Aber gleichzeitig wurde das Regime von Skandalen erschüttert. „Kutschma-Gate“, die Publikation von Tonbandaufnahmen, die belegten, dass der Präsident die Ermordung des regimekritischen Journalisten Georgi Gongadse gebilligt und sogar in Auftrag gegeben hatte, beschleunigten die Entfremdung zwischen der Ukraine und Westeuropa.¹⁵ Die ukrainische Führung suchte Anfang dieses Jahrzehnts bis zu den Präsidentschaftswahlen Ende 2004 wieder eine stärkere Anlehnung an Russland. Diese gipfelte in der russischen Unterstützung für den Präsidentschaftskandidaten des Regimes, Viktor Janukowitsch.

Gleichzeitig blieben zahlreiche Streitfragen zwischen beiden Staaten offen. Die Auseinandersetzungen über die Schwarzmeerflotte, die Halbinsel Krim, Grenzfragen und die Rechte der russischsprachigen Bevölkerungsanteile, welche die Beziehungen in den 1990er Jahren bestimmt hatten, prägten weiterhin die Tagesordnung.¹⁶ Je abhängiger sich die ukrainische Führung in ihrem Bestreben nach Machterhalt auch über 2004 hinaus von der russischen Unterstützung wähnte, desto mehr Zugeständnisse ließ sie sich abringen. Eine uneingeschränkte Teilnahme der Ukraine am Projekt eines Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Weißrussland und Kasachstan konnte die russische Seite jedoch nicht erreichen.¹⁷

Die Orangene Revolution brachte eine radikale Änderung des außenpolitischen Kur-

¹³ Vgl. www.nato.int/issues/nato-ukraine/index.html (9. 1. 2007).

¹⁴ Die GUUAM bestand zum Zeitpunkt ihrer Gründung aus Georgien, der Ukraine, Armenien und Moldawien. 1999 trat Usbekistan bei, das jedoch 2005 seine Mitgliedschaft beendete.

¹⁵ Vgl. Jakob Hedenskog, Filling „the gap“. Russian security policy towards Belarus, Ukraine and Moldova under Putin, in: ders. u. a. (Eds.), *Russia as a Great Power. Dimensions of security under Putin*, London–New York 2005, S. 130–155, hier S. 138.

¹⁶ Vgl. Roman Wolczuk, *Ukraine's Foreign and Security Policy 1991–2000*, London–New York 2003.

¹⁷ Vgl. Sabine Fischer, Russland und die Ukraine. Fehlkalkulation oder neo-imperialer Impuls?, in: *Ost-europa*, 55 (2005) 1, S. 64–76.

ses. Die deutliche russische Parteinahme für das abgelöste Regime warf einen Schatten auf die Beziehungen zwischen Moskau und dem neuen Führungsduo aus Präsident Viktor Juschtschenko und Premierministerin Julia Timoschenko. Neben der Unterstützung des Wahlkampfes von Janukowitsch und der Entsendung von Politstrategen als Berater standen russische Geheimdienste unter dem Verdacht, an dem Giftanschlag auf Juschtschenko mitgewirkt zu haben, unter dessen Folgen der Präsident bis heute leidet. Daneben führten auch die außenpolitischen Akzente der neuen ukrainischen Führung zu nachhaltigen Verstimmungen zwischen Kiew und Moskau. Hatte die Vorgängerregierung eine Schaukelpolitik zwischen Russland und den Westeuropa verfolgt, so erklärte Juschtschenko den Beitritt der Ukraine sowohl zur EU als auch zur NATO zum prioritären außenpolitischen Ziel. Um die Position der Ukraine in der Region zu stärken, trieb die Regierung 2005 die Wiederbelebung der GUAM voran, die 2006 zu einer internationalen Organisation aufgewertet wurde. Darüber hinaus war die Ukraine gemeinsam mit Georgien treibende Kraft bei der Bildung der „Union der Demokratischen Wahl“, die sich aus postsowjetischen und mittelosteuropäischen Staaten, darunter auch EU-Mitgliedern, zusammensetzt. Gegenüber EU und NATO trat die Ukraine nun explizit für die Eröffnung einer Beitrittsperspektive ein. Unterstützt von Polen und den baltischen Staaten bemühte sie sich vor allem in ihren Beziehungen zur EU um Annäherung. Die Ukraine war die erste sowjetische Nachfolgerepublik, mit der ein Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) abgeschlossen wurde. Für 2007 und 2008 stehen Verhandlungen über ein so genanntes *enhanced agreement* bevor, da das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU sowie der erste Aktionsplan im Rahmen der ENP 2008 ablaufen.

Angesichts der jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine ist offen, wie sich das Land innen- und außenpolitisch positionieren wird. Die monatelange Regierungskrise nach den Parlamentswahlen im März 2006, welche die Partei der Regionen unter Führung von Janukowitsch für sich entscheiden konnten, legte das Land auch außenpolitisch lahm. Seit der Ernennung Janukowitschs zum Premierminister im Au-

gust 2006 herrscht in der Innen- wie in der Außenpolitik eine Pattsituation. Juschtschenko, innenpolitisch geschwächt, findet kaum noch Unterstützung für seine Außenpolitik. Janukowitsch und die Partei der Regionen stehen dem Westkurs des Präsidenten zurückhaltend gegenüber, ohne für eine klare Neuausrichtung auf Russland einzutreten. Die Beziehungen mit Russland, die sich vor allem zwischen 2000 und 2004 dynamisch entwickelt hatten, stagnieren oder werden von heftigen Spannungen belastet, wie sie während der Gaskrise im Winter 2005/2006 offenbar wurden.

Weißrussische Außenpolitik

Anders als die ukrainische richtete sich die weißrussische Außenpolitik nach der Wahl Aleksander Lukaschenkos zum Präsidenten 1994 an einer stärkeren Integration mit Russland aus. Die Beziehungen zu den westlichen Demokratien verschlechterten sich nach seinem Machtantritt rapide. Nachdem im November 1996 ein manipuliertes Referendum über eine Verfassungsänderung stattgefunden hatte, welche Lukaschenko mit weitreichenden Machtbefugnissen ausstattete, schränkten die EU-Mitgliedstaaten ihre Beziehungen zu Weißrussland ein. Nach einer Reduzierung der bilateralen Kontakte direkt nach dem Referendum beschloss der Europäische Rat im September 1997 die Beschränkung ministerieller Kontakte auf den EU-Vorsitz und die Troika, die Aussetzung des Ratifizierungsprozesses für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, welches ebenso wie bei den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU regeln sollte, sowie die Einstellung technischer Hilfe im Rahmen des Hilfsprogramms TACIS⁸ mit Ausnahme von humanitären und demokratiefördernden Maßnahmen.⁹

In den folgenden Jahren waren die Beziehungen Weißrusslands zu Westeuropa und den USA angespannt. 1998/99 zwang die weißrussische Führung zahlreiche Staaten, ihre Botschafter aus Minsk abzuziehen. Die

⁸ Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States.

⁹ Vgl. www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Belarus/Aussenpolitik.html#t3 (9. 1. 2007). Alle Bestimmungen sind bis heute in Kraft.

EU verhängte daraufhin ein Einreiseverbot für hochrangige weißrussische Politiker. Die EU und andere internationale Organisationen kritisierten regelmäßig das autoritäre politische System sowie die Manipulation und Fälschung der Parlamentswahlen in den Jahren 2000 und 2004 sowie der Präsidentschaftswahlen 2001 und 2006. Die ENP, welche die sich erweiternde EU nach 2002 zur Gestaltung ihrer Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten und Süden entwickelte, nennt Weißrussland zwar als potenziellen Partnerstaat, macht eine Kooperation jedoch von einer Demokratisierung abhängig. Trotz dieser weitgehenden Isolation stammt ein wesentlicher Teil der weißrussischen Deviseneinnahmen aus Reexporten günstig erworbener russischer Energieträger nach Westeuropa. Dies belegt, dass die wirtschaftlichen Beziehungen nicht vollständig unterbrochen sind, Minsk jedoch auch hier von Moskau abhängig ist.

Weißrusslands Isolation lässt eine stärkere Orientierung nach Osten fast zwangsläufig erscheinen. Doch auch die Beziehungen zu Russland sind schweren Belastungen ausgesetzt gewesen. Verhandlungen über eine (Re)Integration der beiden Staaten setzten bereits vor 1994 ein. 1996 unterzeichneten die Präsidenten einen Vertrag zur Bildung einer russisch-weißrussischen Gemeinschaft, der 1997 durch einen Unionsvertrag ergänzt wurde. Er sieht die Bildung gemeinsamer Institutionen in Gestalt eines Obersten Staatsrates sowie eines Ministerrates, eines Ständigen Komitees, eines Unionsparlaments und eines gemeinsamen Staatshaushaltes vor. Die Verfasstheit des Unionsstaates soll in einem Grundgesetz geregelt werden. Im wirtschaftlichen Bereich sind die Bildung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums sowie eine gemeinsame Währung geplant.¹⁰

Doch trotz dieser ehrgeizigen Ziele ist die Integration weit hinter den Erwartungen sowohl der beteiligten Akteure als auch westlicher Beobachter zurückgeblieben. Dies liegt

nicht zuletzt an den vagen Bestimmungen des Unionsvertrages. Dabei drehen sich russische und weißrussische Deutungen vor allem um die Frage, ob der künftige Unionsstaat eine symmetrische oder asymmetrische Struktur haben soll: Die weißrussische Seite plädiert für eine Union gleichberechtigter Staaten, innerhalb derer Weißrussland seine Souveränität behalten würde. Die Führung hätte in einer solchen Konstellation die gleichen Gestaltungsrechte wie die russische Seite. Russische Szenarien bewegen sich eher in Richtung einer asymmetrischen Union bis hin zur Integration Weißrusslands in den russischen Staat.¹¹ Diese Option stößt in Minsk jedoch auf strikte Ablehnung.¹²

Die Integration der beiden Staaten ist im militärischen Bereich sowie im Rüstungssektor am weitesten fortgeschritten. Weißrussland hat seine Verteidigungsdoktrin weitgehend den russischen Dokumenten angepasst. Im Rahmen einer gemeinsamen GUS-Luftabwehr unterhält Russland eine Radarstation bei Baranovichi. Außerdem haben beide Seiten ihre Rüstungsindustrien sowie -exporte eng aufeinander abgestimmt. Mitunter diente Weißrussland der russischen Rüstungsindustrie als Strohhalm für Waffenexporte in politisch problematische Regionen. Dies war für die russische Seite besonders vorteilhaft, weil sie auf diese Weise ihre Beziehungen zum Westen nicht gefährden musste.¹³

Die weißrussische Volkswirtschaft ist von Russland abhängig. Ohne die niedrigen Energiepreise, mit denen Russland den Nachbarn bislang faktisch subventioniert hat, könnte das reformfeindliche Regime Lukaschenkos kaum überleben. Russland ist darüber hinaus der größte Abnehmer von weißrussischen Industrieprodukten, die wegen der Zollunion zwischen beiden Staaten billig exportiert werden und (nur) deshalb auf dem russischen

¹⁰ Vgl. www.mid.ru/ns-rsng.nsf/6bc38aceada6e44b432569e700419ef5/89cef2592f33c45743256a5400303152?OpenDocument (9. 1. 2007); Clelia Rontoyanni, A Russo-Belarusian „Union State“: A defensive response to Western enlargement?, University of Glasgow, Dept. of Politics, Working Paper Series 10/00, www.one-europe.ac.uk/pdf/W10Clelia.pdf (9. 1. 2007).

¹¹ Vgl. Thomas Ambrosio, The Political Success of Russia-Belarus Relations: Insulating Minsk from Color Revolution, in: *Demokratizatsiya*, 13 (2006) 3, S. 407–434, hier S. 413.

¹² Vgl. Roth Dreyermond, The State of the Union. Military Success, Economic and Political Failure in the Russia-Belarus Union, in: *Europe-Asia Studies*, 56 (2004) 8, S. 1191–1205.

¹³ Vgl. J. Hedenskog (Anm. 5), S. 133.

Markt bestehen können. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen dem Kreml bzw. dem russischen Energiekonzern Gazprom und Minsk um die Anhebung der Energiepreise belegen einmal mehr, dass sich das der russischen GUS-Politik zugrunde liegende Kosten-Nutzen-Kalkül spürbar verändert. Sind bislang offensichtlich die politischen und geopolitischen Vorteile enger Beziehungen zu Weißrussland aus russischer Perspektive groß genug gewesen, um die kostenintensive Integrationspolitik wenn nicht voranzutreiben, so doch partiell aufrecht zu erhalten, so verschieben sich die Gewichte nun schrittweise in Richtung einer Ökonomisierung.

Russische Außenpolitik: Fortsetzung des Imperiums?

Seit dem Amtsantritt Putins hat die russische Außenpolitik eine doppelte Wende erfahren. Wie in anderen Feldern auch orientierte sie sich nach 2000 zunächst stärker an ökonomischen Kriterien. Die Bewertung der Beziehungen zu den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken erfolgte zunehmend unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Effektivität.¹⁴ Für die Staaten oder Subregionen, die in den 1990er Jahren Gegenstand geopolitischer Auseinandersetzung zwischen der Russischen Föderation und vor allem den USA gewesen waren, zog diese neue Akzentsetzung spürbare Veränderungen nach sich. So zeigte die russische Regierung in den Beziehungen zu einzelnen GUS-Republiken, vor allem zur Ukraine und zu Georgien, aber auch zu Weißrussland, weniger Bereitschaft, ökonomische Interessen geostrategischen Erwägungen unterzuordnen. Dies manifestierte sich in Konflikten über Zahlungssäumnisse und Energie-schulden der drei Staaten.

Gleichzeitig intensivierte Russland seine Bemühungen um die Integration der Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und betrieb die Entstehung neuer Organisationen. Im Jahr 2000 gründeten Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, aufbauend auf dem Vertrag über eine Zollunion von 1996/99, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Aus russi-

scher Perspektive hatte diese Vereinigung jedoch nicht das Potenzial, zu einem Integrationskern im postsowjetischen Raum zu werden, weil die Ukraine nicht zu ihren Mitgliedern gehörte. Deshalb trieb die russische Führung als organisatorische Alternative die Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraumes (EWR) voran, dem neben Weißrussland und Kasachstan im September 2003 nach zähen Verhandlungen auch die Ukraine zustimmte. Der EWR löste die EWG als von russischer Seite favorisiertes Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum ab. Angestrebt wurden die Schaffung von supranationalen Institutionen und die freie Beweglichkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Auch die Einführung einer gemeinsamen Währung wurde als Fernziel nicht ausgeschlossen.

Ökonomisierung und Pragmatismus in den Beziehungen zu den GUS-Staaten wurden flankiert von einer Politik der Öffnung gegenüber dem Westen. Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit signalisierte die neue russische Führung Kooperationsbereitschaft und setzte in ihren außenpolitischen Strategiepapieren einen starken Akzent besonders auf die EU als wichtigste Handels- und Modernisierungspartnerin. Durch den Eintritt in die „Allianz gegen den Terror“ nach den Anschlägen auf die USA im September 2001 konnte die Distanz, die sich zwischen Russland und dem Westen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg 1999 gebildet hatte, überwunden werden.

Seit 2004 machen sich sowohl in der regionalen als auch internationalen Politik Russlands Veränderungen bemerkbar.¹⁵ Gegenüber der Ukraine und Georgien, aber auch Moldawien instrumentalisiert Moskau zunehmend wirtschaftliche Macht, um politischen Druck auszuüben und missliebigen innenpolitischen Entwicklungen in diesen Staaten entgegenzuwirken – vor allem aber, um eine Ausdehnung der „farbigen Revolutionen“ zu verhindern. Die EU wird nicht mehr ausschließlich als Partnerin, sondern als wich-

¹⁴ Vgl. Bobo Lo, Vladimir Putin and the Evolution of Russian Foreign Policy, London 2003.

¹⁵ Vgl. ders., Evolution or Regression? Russian Foreign Policy in Putin's Second Term, in: Helge Blakisrud (Ed.), Towards a Post-Putin Russia, Helsinki 2006, S. 57–77.

tigste Konkurrentin um Einfluss im postso-wjetischen Raum wahrgenommen.¹⁶

Russland und die Ukraine

Das Verhältnis zur Ukraine kann als Barometer für die Wandlungsprozesse der russischen Außenpolitik gesehen werden. Nachdem es in den 1990er Jahren von beiderseitiger Strategielosigkeit gekennzeichnet war und weder die politischen noch die wirtschaftlichen Beziehungen gepflegt wurden, intensivierte die russische Führung nach Putins Machtantritt ihre Ukraine-Politik. Dies manifestierte sich in häufigeren Gipfeltreffen, aber auch in der Tatsache, dass mit Viktor Tschernomyrdin¹⁷ 2001 ein politisches Schwergewicht den Botschafterposten in Kiew übernahm. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Russland wurden russische Unternehmen als Investoren in der Ukraine aktiv. Auch Verhandlungen über die ukrainischen Gasschulden schienen zu einer Lösung zu führen, die unter anderem in der Errichtung eines transnationalen Gaskonsortiums lagen, welches für den Transit russischen Gases durch die Ukraine verantwortlich sein sollte. Russland, welches der Ukraine – wie allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – Gas zu stark subventionierten Preisen verkaufte, erklärte sich bereit, der Ukraine mit einer Reduzierung der Rückzahlungsforderungen entgegenzukommen. Im Gegenzug sagte die Ukraine ein Ende der „Gasdiebstähle“ zu.¹⁸

Diese Entwicklungen verstärkten die Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft wie auch der herrschenden Elite von Russland. Zwei Gründe erklären deren Bereitschaft, dies hinzunehmen: Zum einen erhöhte der russische Boom die wirtschaftliche Attraktivität des Landes als Kooperationspartner. Putins dynamische Politik sowie seine Prioritätensetzung hinsichtlich engerer Beziehungen zur Ukraine verstärkten diesen Eindruck. Auch die Ukraine erlebte in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts einen Wirtschaftsaufschwung, der nicht zuletzt auf die

engeren Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zurückgeführt wurde. So ist Russland der wichtigste Absatzmarkt für ukrainische Industrieprodukte, die auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig wären. Zum anderen jedoch trug die zunehmende Isolation der Ukraine im Zusammenhang mit Korruption und Menschenrechtsverletzungen unter Kutschma zu größerer Offenheit russischen Kooperations- und Integrationsangeboten gegenüber bei, da das Regime in ihnen eine Möglichkeit der Herrschaftsstabilisierung sah. Die Annäherung zwischen Russland einerseits und EU und NATO andererseits im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus ließ schließlich das westliche Interesse an einer regionalen Sonderrolle der Ukraine schwinden.

Trotz dieser deutlichen Dynamisierung und Intensivierung der Beziehungen erreichte die russische Seite nie einen Gleichklang mit den eigenen regionalpolitischen Vorstellungen. Auch die Regierung Kutschma/Janukowitsch beharrte bis zu ihrer Abwahl und trotz wachsender Abhängigkeit von russischer Unterstützung auf der ukrainischen Eigenständigkeit. Der Ausgang der Wahlen kann als Tief- und zugleich Wendepunkt des russischen Engagements im GUS-Raum betrachtet werden. Die verfehlte, ja fast erratische Politik der russischen Führung beruhte auf einer doppelten Fehlwahrnehmung: Zum einen wurde Moskau – wie die westeuropäischen Regierungen auch – von der Dynamik der ukrainischen Protestbewegung gegen die Manipulation der Wahlen überrascht, während es die Stärke der von ihm unterstützten Akteure überschätzt hatte. Zum anderen hatte man das entschlossene Auftreten der EU für die Demokratiebewegung offensichtlich nicht antizipiert, sondern im Gegenteil vorausgesetzt, dass Brüssel bzw. die europäischen Staaten Russland in seinem direkten Einflussbereich weitgehend freie Hand lassen würden.

Der Machtwechsel in der Ukraine brachte eine abrupte Abkühlung der Beziehungen mit sich. In Russlands außenpolitischer Elite herrschte im Sommer 2004 Einigkeit darüber, dass sich die Ukraine nach Juschtschenkos Wahlsieg weiter aus Russlands Einflussbereich hinausbewegen werde. Eine Ursache für den Wahlausgang und die Massenproteste nach dem zweiten Wahlgang sahen russische

¹⁶ Vgl. Sabine Fischer, Die EU und Russland. Konflikte und Potenziale einer schwierigen Partnerschaft, SWP-Studie 34 (2006).

¹⁷ 1985–1989 Minister für Gasindustrie der Sowjetunion, 1989–1992 Vorsitzender von Gasprom; 1992–1998 russischer Ministerpräsident unter Boris Jelzin, 1998–2001 Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom.

¹⁸ Vgl. J. Hedenskog (Anm. 5), S. 141.

Beobachter in westlicher Einflussnahme. Auch hinter den Demonstrationen in Kiew und anderen Städten wurden westliche Initiatoren vermutet. Schon im Vorfeld des Sieges des als prowestlich wahrgenommenen Viktor Juschtschenko kursierten Befürchtungen über einen möglichen Dominoeffekt, der zum Sturz der prorussischen Regime in Armenien, Weißrussland und Kasachstan führen könnte. In einigen Szenarien wurde selbst die „Installation“ einer prowestlichen Führung in Moskau nicht ausgeschlossen. All dies gründet auf der Vorstellung, dass die Ukraine zum Kristallisationspunkt eines „geopolitischen Spiels“ zwischen Russland und dem Westen um Einfluss und Macht im postsowjetischen Raum geworden sei. Diese Wahrnehmung ist von Einkreisungsphobien geprägt, die irrational anmutende Reaktionen hervorbringen. Der Einfuhrstopp für moldawische Agrarprodukte und Weine sowie für georgische Weine und Mineralwässer im Frühsommer 2006 und die Auseinandersetzung um die Festnahme und Abschiebung von FSB-Agenten in Tbilisi erwecken den Eindruck, als verlasse die russische Führung den zu Beginn ihrer ersten Amtszeit gewählten pragmatischen Zugang zu den übrigen GUS-Staaten. Auch die Auseinandersetzungen mit der Ukraine im Winter 2005/2006, die in westlichen Medien als „Gaskrieg“ kolportiert wurden, stehen in diesem Kontext. Hier wurde ein im Prinzip nachvollziehbarer – und von der neuen ukrainischen Regierung immer wieder propagierter – Schritt, nämlich die Beendigung russischer Subventionen für die ukrainische Wirtschaft über künstlich niedrig gehaltene Energiepreise, in einem Ausmaß politisiert, welches dem internationalen Ansehen Russlands erheblich schadete und vielen anderen außenpolitischen Zielen der Putin-Administration zuwiderlief.¹⁹

Die ukrainische Führung ist über die Frage des außenpolitischen Kurses gespalten. Auch wenn sich die Partei der Regionen unter Janukowitsch durchsetzen sollte, wird man in Moskau kaum von einer „Rückkehr“ der Ukraine in die russische Einflussphäre ausgehen können. Wahrscheinlicher ist die Fortsetzung der bekannten Schaukelpolitik. Dies würde auch für eine Ukraine unter liberalde-

mokratischer Regierung gelten, da weder die EU noch die NATO dem Land derzeit eine Beitrittsperspektive eröffnen.

Russland und Weißrussland

Auch Weißrussland, das sich innen- wie außenpolitisch in völlig anderen Konstellationen befand, bekam die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik rasch zu spüren. Aus der Perspektive der neuen russischen Führung verlor die russisch-weißrussische Union rapide an Attraktivität. Der Reformstau in Weißrussland, der die Wirtschaft bereits in den 1990er Jahren zu einem russischen Subventionsbetrieb gemacht hatte, musste angesichts der Dynamisierung der russischen Wirtschaft noch stärker als Hemmschuh und Belastung erscheinen.

Hinzu kam, dass in der Kosten-Nutzen-Kalkulation der neuen russischen Führung sicherheitspolitische Vorteile (vor allem gegenüber dem Westen) wirtschaftliche Nachteile nicht mehr in dem Maße aufwogen, wie dies noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Fall gewesen war. Vielmehr bedeuteten engere Beziehungen zum „letzten Diktator Europas“ nun sogar ein Risiko für die Annäherung Russlands an die EU. Schließlich betrachtete selbst die russische Führung die Aktivitäten des weißrussischen Präsidenten mit zunehmender Skepsis. Diese entsprang weniger der Sorge um Demokratie und Menschenrechte, die von Lukaschenko mit Füßen getreten werden. Vielmehr riefen dessen machtpolitischen Ambitionen gepaart mit Beliebtheit auch in Russland Bedenken hervor. Das Verhältnis der beiden Präsidenten war von Beginn an äußerst unterkühlt.

Auch Weißrussland, welches seine Energie ausschließlich aus Russland bezieht und gleichzeitig neben der Ukraine wichtigstes Transitland für russische Energieexporte nach Westeuropa ist, geriet in einen „Gaskonflikt“ mit Moskau, als Gazprom im September 2003 eine deutliche Anhebung der Energiepreise ankündigte. Ziel des russischen Drucks war die Durchsetzung eigener Interessen in der russisch-weißrussischen Union (z. B. die Erweiterung der Rubelzone) und die Beteiligung Gazproms am weißrussischen Transitmonopolisten Beltransgas. Im Verlauf des

¹⁹ Russland hatte 2006 erstmals den G8-Vorsitz inne. Das Thema Energiesicherheit stand auf der Agenda des G8-Gipfels in St. Petersburg.

Konflikts stellte Gasprom am 18. Februar 2004 seine Gaslieferungen vorübergehend ein, bevor beide Seiten sich auf einen neuen Vertrag für die Belieferung Weißrusslands einigen konnten.¹²⁰ Im jüngsten Disput, der am 31. Dezember 2006 vorläufig beigelegt wurde, konnte Russland seine Forderungen (vor allem nach Beteiligung Gasproms an Beltransgas) weitestgehend durchsetzen. Wie neuerliche Auseinandersetzungen im Januar 2007 jedoch zeigten, ist der Konflikt damit keineswegs dauerhaft beigelegt.

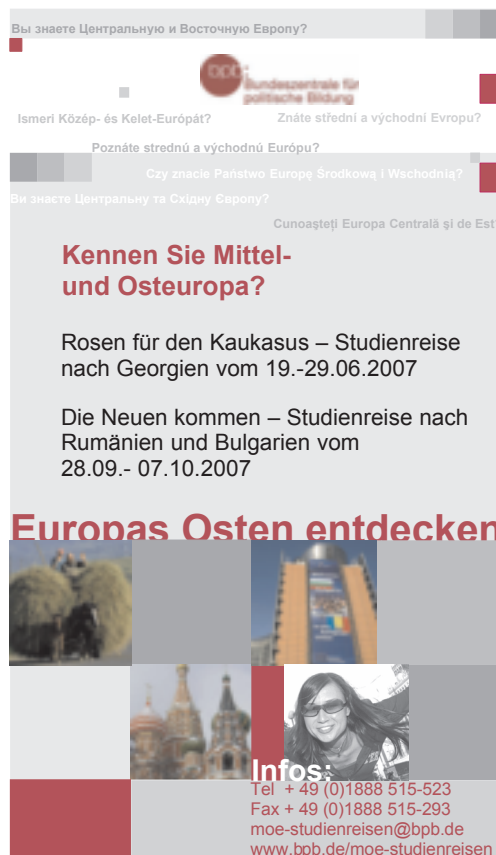
Trotz solcher wirtschaftlichen und politischen Konflikte hat Moskau dem Lukaschenko-Regime bislang nicht die Unterstützung entzogen. Dies liegt vor allem im Wandel der regionalen Konstellation nach der Orangen Revolution in der Ukraine begründet. Die Rolle als Verbündeter gegen die vom Westen unterstützte Umsturzbewegung, die sich letztendlich gegen Russland als Vormacht auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion richtete, ließ die Bedeutung von Weißrussland für die russische Außenpolitik wieder wachsen. Die Auseinandersetzungen sowie die anhaltende Kritik beider Seiten deuten jedoch darauf hin, dass es kaum zu einer vertieften Integration kommen wird.

Fazit

Die russische Politik ist mit ihren Integrationsinitiativen in der westlichen GUS bislang gescheitert. Wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, so hat Moskau doch sowohl in der Ukraine als auch in Weißrussland an Einfluss verloren. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass die Führung unter Vladimir Putin den Kurs der pragmatischen Ökonomisierung ihrer Außenbeziehungen im GUS-Raum seit den „farbigen Revolutionen“ nicht mehr konsequent verfolgt, sondern zunehmend versucht, als „abtrünnig“ wahrgenommene GUS-Staaten unter Druck zu setzen.

Besonders gegenüber der Ukraine sind ökonomische bzw. energiewirtschaftliche Sanktionen derzeit das einzige Russland verbleibende Instrument. Da Moskau gleichzeitig durch die westlichen GUS-Staaten Gas und Öl nach Westeuropa exportiert, bleibt dies jedoch ein Instrument von eingeschränk-

ter Reichweite. Russland, Weißrussland und die Ukraine sowie die EU sind in einem sehr konfliktgeladenen Beziehungsdreieck gefangen. Die Spannungen in den regionalen Beziehungen werden sich nur lösen, wenn sich alle Seiten dieses Dreiecks um eine konstruktive Politik bemühen.



Вы знаете Центральную и Восточную Европу?

Ismeri Közép- és Kelet-Európát? Znáte střední a východní Evropu?

Poznáte strednú a východnú Európu?

Czy znacie Państwo Europy Środkową i Wschodnią?

Ви знаєте Центральну та Східну Європу?

Cunoașteți Europa Centrală și de Est?

Kennen Sie Mittel- und Osteuropa?

Rosen für den Kaukasus – Studienreise nach Georgien vom 19.-29.06.2007

Die Neuen kommen – Studienreise nach Rumänien und Bulgarien vom 28.09.- 07.10.2007

Europas Osten entdecken

Infos:
 Tel + 49 (0)1888 515-523
 Fax + 49 (0)1888 515-293
 moe-studienreisen@bpb.de
 www.bpb.de/moe-studienreisen

¹²⁰ Vgl. J. Hedenskog (Anm. 5), S. 136 f.

Geschichtspolitik in der Ukraine

Die sowjetische Hungersnot der Jahre 1932–1933 wirkte sich in den ukrainisch besiedelten Schwarzerdegebieten besonders hart aus und hatte Folgen, die bis in die ukrainische Nationsbildung der jüngsten Zeit reichen. In diesem Beitrag sollen die politischen Bedeutungen und Funktionen der offiziellen Geschichtspolitik der Ukraine am Beispiel der jüngsten Debatten zur Hungersnot untersucht werden.¹

Die Hungersnot hatte keine klimatischen Ursachen, sondern wurde u. a. durch eine brutale staatliche Getreiderequisition hervorgerufen, die den Bauern das zur Selbstversorgung notwendige Getreide entzog. Insofern liegt die Verantwortung für die Katastrophe zweifellos bei der sowjetischen Führung. Die Gesamtverluste in der Sowjetunion während

der Hungersnot belaufen sich auf mindestens fünf bis sieben Millionen Menschen, während ukrainische und internationale Forscher die Zahl der direkten Hungertoten des Jahres 1933 in der Ukraine mit drei bis dreieinhalb Millionen angeben. Hohe Verluste erlitten auch die Kasachen; in der Forschung werden Zahlen zwischen 1,2 und mindestens 1,75 Millionen Tote genannt.

Die These vom „Holodomor“² als geplanter Genozid am ukrainischen Volk ist in der ukrainischen Forschung mehrheitsfähig, international aber höchst umstritten. Neuere Forschungen haben zwar nationalitätenpolitische Faktoren berücksichtigt, aber auch nachgewiesen, dass die Politik der Bolschewiki widersprüchlicher war, als es Ansätze nahe legen, die ausschließlich von nationalen und politischen Faktoren ausgehen. Die Kontroverse ist wissenschaftlich nicht entschieden.

In den Bereich der Geschichtspolitik gehören Thesen, welche die Hungersnot als einen durch das sowjetische Regime von langer Hand geplanten, gegen das ukrainische Volk gerichteten Genozid deuten und gleichzeitig diese Interpretation zum allein „wahren“ Forschungsstand erklären.³

Die Genese der Enttabuisierung der in der Ukraine von der sowjetischen Führung bis Ende 1987 beschwiegenen Hungersnot ist hier nicht darstellbar. Der Holodomor avancierte zu einem der Kernelemente des antisowjetischen Geschichtsbildes der ukrainischen Nationalbewegung *Ruch*, förderte die Delegitimierung des Sowjetsystems und diente als Argument für die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine: Das ukrainische Dorf galt in dieser Optik als Hort des nationalen Gedächtnisses, das von der sowjetischen Führung brutal unterdrückt wurde, weswegen die Nation politisch, ökonomisch und kulturell an den Rand ihrer Existenz geriet.

In den beiden Amtszeiten des Präsidenten Leonid Kutschma (1994–1999/1999–2004) wurde die Erinnerung an die Hungersnot im öffentlichen Raum der Ukraine mit unterschiedlicher Intensität und vor allem anlässlich von „runden“ Jubiläen gefördert. Gleichwohl gehörte die sich in der ukrainischen Forschung seit Anfang der neunziger Jahre durchsetzende Deutung der Hungersnot als ein geplantes Verbrechen mit nationalukraini-

¹ Vgl. allgemein zum Begriff Geschichtspolitik Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999, S. 9: Nach Bock/Wolfrum richtet sich Geschichtspolitik „auf die öffentliche Konstruktion von Geschichts- und Identitätsbildern“, die sich über Diskurse, Rituale und Symbole vollziehen und die Funktion der politischen Legitimation und Mobilisierung mittels der Vergangenheit einschließen.

² Das ukrainische Wort *holodomor* hat sich in der ukrainischen Debatte als Bezeichnung für den Hungerterror eingebürgert. Es ist eine Verbindung von *holod* (Hunger) und *mor* (Krankheit, Seuche, Massensterben) und verweist auf die gewaltsame Instrumentalisierung der Hungersnot durch die Bolschewiki gegen die sich gegen die Kollektivierung wehrenden Bauern. Mit der Begriffsbildung wird die Einzigartigkeit des von der sowjetischen Führung verübten Verbrechens angedeutet.

³ Vgl. Rudolf A. Mark/Gerhard Simon (Hrsg.), *Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR* (Themenheft Osteuropa 12), Berlin 2004.

Wilfried Jilge
Geb. 1970; wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Geisteswissen-
schaftlichen Zentrum
Geschichte und Kultur
Ostmitteleuropas (GWZO)
an der Universität Leipzig,
Luppenstraße 1 B,
04177 Leipzig.
Wilfried.Jilge@web.de

scher Ausrichtung oder als Genozid (bisweilen: Ethnozid) am ukrainischen Volk selbst in der autoritären Endphase des Regimes Kutschma – als die Staatsführung zunehmend auf Versatzstücke sowjetischer Geschichtspolitik zurückgriff – zum Bestandteil der offiziell zugelassenen Schulgeschichtsbücher.¹⁴

Holodomor-Gedenken als Mittel der Nationsbildung

Der im Januar 2005 als Präsident vereidigte Viktor Juschtschenko und die von ihm eingesetzten „orangefarbenen Regierungen“ setzten in ihrer Geschichtspolitik deutlich stärkere nationale Akzente, als dies in der späten Kutschma-Ära der Fall war. In einem wesentlichen Punkt unterschied sich Juschtschenko von seinem Vorgänger: Er ließ die Medien unangetastet und hat sie nicht zur Manipulation der regional unterschiedlichen Erinnerungskulturen genutzt. Anders als Kutschma hat er die Erinnerung an „nationale Helden“, etwa an den in den russisch-ukrainischen Beziehungen höchst umstrittenen Kosakenhetmann Iwan Mazepa,¹⁵ auch bei Auftritten in den überwiegend russischsprachigen südlichen und östlichen Regionen des Landes thematisiert, in denen die Identifikation mit nationalen Helden deutlich geringer ist als in den westlichen Landesteilen.

Einer der Schwerpunkte der geschichtspolitischen Agenda von Präsident Juschtschenko wurde ab 2005 die Auseinandersetzung mit der totalitären sowjetischen Vergangenheit. Im Zentrum steht die staatliche Förderung der Erinnerung an die Opfer des Holodomor in der Ukraine der Jahre 1932/1933. Im Jahr 2006 beschlossen Präsident und Regierung anlässlich des „Tages des Gedenkens an die Opfer der Holodomore und politischen Repressionen“ (25. November) ein um-

fassendes Maßnahmenpaket. Bereits 2005 hatte der Präsident die Gründung eines „Instituts des nationalen Gedenkens“ (INP) nach polnischem Vorbild in die Wege geleitet, das laut Beschluss des Ministerkabinetts vom 5. Juli 2006 als „zentrales Organ der exekutiven Gewalt“ begründet wurde.¹⁶ Die Bestimmungen des INP lesen sich wie ein geschichtspolitisches Programm zur Förderung der Nationsbildung: Das Institut solle der „Realisierung der staatlichen Politik in der Sphäre der Erneuerung und Bewahrung des nationalen Gedächtnisses des ukrainischen Volkes“ dienen sowie die Erinnerung an die Opfer der politischen Repressionen verewigen. Als weitere Aufgaben werden die Stärkung der „Achtung der Gesellschaft vor der eigenen Geschichte“ und die weltweite Verbreitung von „objektiven Informationen“ zur ukrainischen Geschichte genannt.

Die Erinnerung an den Holodomor sollte der Integration der Nation über regionale Grenzen hinweg dienen: Die Präsidialerlasse zum Holodomor-Gedenken im Jahr 2006 stießen die Einweihung oder Vorbereitung für die Errichtung von Denkmälern an die Opfer des Holodomor in sämtlichen Gebietszentren der Ukraine (z. B. in Charkiw im Osten und Tschernihiw im Norden) an. Der symbolischen Integrationspolitik diene das bereits 2005 vom Präsidenten eingeführte Ritual der Pflanzung eines Schneeballstrauchhains. Der Schneeballstrauch mit seinen roten Beeren ist ein ukrainisches heraldisches Zeichen und Symbol der Nationalkultur. Von Bürgerinnen und Bürgern aus Dörfern aller Regionen, die unter dem Hunger gelitten hatten, wurden Schneeballsträucher an den Dnjepr-Hängen (in der Nähe des Kiewer Höhlenklosters) gepflanzt, wo in den kommenden Jahren eine monumentale Gedenkstätte zum Holodomor entstehen soll: Geplant sind ein Denkmal, ein Museum und ein wissenschaftlich-methodisches Zentrum.

Kristallisationspunkt der präsidialen Erinnerungs- und Integrationspolitik wurde das Gesetzesprojekt „Über den Holodomor in der Ukraine in den Jahren 1932–1933“, das der Präsident am 3. November 2006 – wenige

¹⁴ Vgl. ausführlich Wilfried Jilge, Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in: ebd., S. 147–163.

¹⁵ Als die Ukraine im Nordischen Krieg (1700–1721) zum Kriegsschauplatz wurde, löste sich Iwan Mazepa (1639–1709) – Hetman (Feldherr) und militärischer Führer der ukrainischen Dnjepr-Kosaken (ab 1687) – 1708 von Zar Peter I. und wechselte mit den Saporoscher Kosaken auf die Seite Schwedens unter König Karl XII. Für ukrainische Patrioten ist Mazepa daher ein leuchtendes Symbol der Unabhängigkeit, für russische Nationalisten bis heute ein Separatist und Verräter.

¹⁶ Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 927 vom 5. 7. 2006, Pro zatverdžennja Položennja pro Ukraïns'kyj instytut nacional'noï pam"jati, in: Oficijnyj visnyk Ukraïny, (2006) 27, 19. 7. 2006, S. 83, § 1962.

Wochen vor dem offiziellen Gedenktag zum Holodomor – beim Parlament registrieren ließ. In öffentlichen Stellungnahmen erklärte er die in § 1 festgesetzte Anerkennung des Holodomor der Jahre 1932/1933 in der Ukraine als „Genozid an der ukrainischen Nation“ zum Kern des Gesetzesvorhabens. Aus Sicht des Präsidenten dient die Anerkennung als Genozid auch deswegen der „Konsolidierung“ der Nation, da die Bewertung der Hungersnot als Genozid von der Bevölkerungsmehrheit geteilt werde. Außerdem verbietet das Gesetz die öffentliche Leugnung des Holodomor als „Verhöhnung des Gedenkens der Opfer des Holodomor“ und „Erniedrigung der Würde des ukrainischen Volkes“. Die bisweilen einseitige Fixierung auf die Genozidthese drückt sich sowohl in der Intensivierung der diplomatischen Bemühungen um die Anerkennung der Hungersnot als Genozid als auch in den Bestimmungen zum INP aus: Das Institut soll „an der Realisierung der staatlichen Politik zur Anerkennung der Holodomore in der Ukraine als Akte des Genozids teilnehmen“. Dies bezieht sich nicht nur auf die Hungersnot von 1932/1933, sondern auf auch die sowjetischen Hungersnöte der Jahre 1921–1923 und 1946–1947.¹⁷

In seiner Ansprache an das ukrainische Volk und die Abgeordneten des Parlaments am 16. November 2006 bat Viktor Juschtschenko die Parlamentsabgeordneten um die Zustimmung zu seinem Gesetzesprojekt, noch vor dem offiziellen Holodomor-Gedenktag am 25. November. Ausdrücklich betonte er, kein anderes Volk – gemeint waren die Russen – des Genozids beschuldigen zu wollen: Urheber des Verbrechens sei das stalinistische Regime in der Sowjetunion gewesen. Juschtschenko und die Vertreter des Präsidialapparates appellierten sowohl an die Moral als auch an den Patriotismus der Abge-

ordneten. Sie warnten vor einer Politisierung des Themas und erklärten die Anerkennung des Holodomor noch vor dem Gedenktag „zur Verpflichtung der politischen Kräfte vor der ukrainischen Nation“. Das Parlament verschob jedoch am 17. November 2006 die Behandlung des Gesetzesprojektes. Der Stellvertreter des Präsidenten im Parlament sprach daraufhin von einer „verantwortungslosen Position des Parlaments“. So konnte Juschtschenko die gesetzliche Anerkennung des Genozids zwar nicht rechtzeitig zum Gedenktag durchsetzen, sich jedoch vom „unverantwortlichen“ Parlament als Wahrer des nationalen Gedächtnisses und damit der Nation absetzen und so moralisch legitimieren.

Die Genozidthese in der politischen Auseinandersetzung

Ein Gesetz zur politischen Bewertung des Holodomor wurde erst in einer langen parlamentarischen Debatte zur Hungersnot am 28. November 2006, drei Tage nach den Gedenkfeierlichkeiten, vom Parlament verabschiedet.¹⁸ Bei dem von einer absoluten Mehrheit angenommenen Gesetz „Über den Holodomor in der Ukraine in den Jahren 1932–1933“ handelte es sich um einen Kompromiss, der nur eine geringfügige Modifikation des ursprünglichen Vorhabens darstellte. Es enthielt die Anerkennung des Holodomor als „Genozid am ukrainischen Volk“ und stufte seine Leugnung als widerrechtlich ein. Die parlamentarische Mehrheit wurde durch die fast geschlossene Zustimmung derjenigen Fraktionen gewährleistet, die bis zum Sommer 2006 in den beiden von Juschtschenko eingesetzten „orangenen“ Regierungen vertreten waren und mit dem Präsidenten auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew die Proteste gegen die gefälschten Präsidentenwahlen im November/Dezember 2004 unterstützten: der propräsidentiale Block „Unsere Ukraine“, der größte Oppositionsblock „Block Julia Tymoschenko“ sowie die Fraktion der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU). Die Partei der Regionen (PR) des amtierenden Premierministers Viktor Janukowytsch stimmte bis auf zwei Abgeordnete nicht für das Gesetz, und die Fraktion der Partei der Kommunis-

¹⁷ Bisher haben zehn nationale Parlamente den Holodomor als Genozid an den Ukrainern anerkannt (u. a. Estland, Italien, Litauen, Polen und Georgien). Bei den diplomatischen Bemühungen erhält die Ukraine vor allem von den ostmitteleuropäischen Nachbarn Unterstützung: Ende 2006 verurteilte das polnische Parlament den Holodomor anlässlich des Gedenktages als Genozid am ukrainischen Volk und zeigte besonderes Verständnis für das Gedenken der Ukrainer an den Holodomor: Alle Formen des Totalitarismus hätten insbesondere in der Geschichte von Polen und Ukrainern ihre Spuren hinterlassen. *Anm. der Red.*: vgl. zum ukrainisch-polnischen Verhältnis auch den Beitrag von Bohdan Hud in diesem Heft.

¹⁸ Vgl. Gesetz der Ukraine Nr. 376/V vom 28. 11. 2006, Pro Holodomor 1932–1933 rokiv v Ukraïni, in: Vidomosti Verchovnoi Rady Ukraïny (VVR), (2006) 50, S. 504.

ten (KPU) verweigerte ebenfalls erwartungsgemäß die Unterstützung. Für Jutschtschenko war dies immerhin ein Teilerfolg: Ihm gelang es, das ehemalige „orangefarbene“ bzw. nationaldemokratische Lager zu mobilisieren und in Zeiten eigener schlechter Umfragewerte sein Bild bei der „orangenen“ Wählerschaft mittels eines patriotisch und emotional besetzten Themas aufzupolieren.

Entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Kompromisses hatte die Fraktion der SPU, insbesondere ihr Vorsitzender Oleksandr Moroz, der zugleich Präsident des ukrainischen Parlaments ist. Die Sozialisten gehören gemeinsam mit PR und KPU der „Antikrisenkoalition“ an und unterstützten die Regierung Janukowitsch. Moroz handelte mit Jutschtschenko einen Gesetzeskompromiss aus: So wurde in § 1 zur Anerkennung des Genozids der Begriff „ukrainische Nation“ durch „ukrainisches Volk“ ersetzt. Laut Verfassung ist damit die Gesamtheit der Bürger gemeint, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Damit wurde dem Einwand der Sozialisten und anderer Abgeordneter Rechnung getragen, nicht ausschließlich ethnische Ukrainer seien Opfer des Holodomor geworden.

Indem die Sozialisten in einer Abstimmung eine „orangene Koalition“ schmieden halfen, erinnerten sie den Premierminister und die PR an die wichtige Rolle des „kleinen Koalitionspartners“ und legitimierten sich zugleich als Garanten „konstruktiver Lösungen“. Mit dieser Legitimationsfunktion von Geschichtspolitik war die Verschleierungsfunktion zur Kaschierung undemokratisch-postsowjetischer Verhaltensweisen freilich eng verbunden: In seiner Parlamentsrede zum Holodomorgesetz bezeichnete Moroz die „Entwicklung der Demokratie“ als wichtigste Lehre, die aus dem Holodomor zu ziehen sei. Doch wenige Monate zuvor hatte er nach einer bereits getroffenen Koalitionsvereinbarung zwischen den „orangenen Parteien“ durch einen sämtlichen demokratischen Gepflogenheiten widersprechenden politischen Seitenwechsel die Ernennung von Viktor Janukowytsch zum Premierminister ermöglicht, der mit seiner PR eine Hauptverantwortung für die Wahlfälschungen im Jahr 2004 trägt.

Die PR leugnete in ihrem Gesetzesentwurf weder den verbrecherischen Charakter der Hungersnot noch die Verantwortung der sowjetischen Führung noch die besondere Be-

deutung des Ereignisses für die Ukraine, sprach sich jedoch gegen die Annahme der Genozidthese aus. In den Redebeiträgen ihrer Abgeordneten und in dem von ihr eingebrachten alternativen Gesetzesprojekt, das dem Projekt des Präsidenten durchaus ähnlich war, sprach die PR vom „Holodomor“ als „Verbrechen des Stalinschen Regimes gegen die Menschheit“ und als einer „nationalen Tragödie des ukrainischen Volkes“. Gegen die Genozidthese führte sie an, dass es damals auch in anderen sowjetischen Regionen außerhalb der Ukraine (z. B. in Kasachstan oder in den Schwarzerdegebieten Russlands) massenhaft Opfer der Hungersnot gegeben habe, nationale und ethnische Kriterien auf die Hungersnot daher nicht angewendet werden könnten. Sie warf dem Präsidenten und den propräsidentialen Kräften vor, mit einer Fixierung auf die Genozidthese das Land zu spalten.

Die PR vertritt vor allem die russischsprachigen Wähler im Osten der Ukraine, die der sowjetischen Vergangenheit weniger kritisch gegenüberstehen als die Bevölkerung im Zentrum und Westen des Landes und für enge Beziehungen mit Russland eintreten. Außerdem liegt die wirtschaftliche und politische Machtbasis des Premierministers Janukowytsch in den energiehungrigen Industrien des ukrainischen Ostens (Stahlproduktion): Die Sicherung billiger Energielieferungen aus Russland gehört daher zu den Prioritäten in der außenpolitischen Agenda der Regierung Janukowytsch.

Das Außenministerium der Russischen Föderation erklärte im Rahmen der ukrainischen Debatte über den Holodomor, dass man die Bewertung der Hungersnot als Genozid nach ethnischen und nationalen Kriterien nicht anerkenne und warnte vor einer Politisierung des Themas. Die von der damaligen sowjetischen Führung verantwortete Hungersnot gehöre zum „gemeinsamen Gedächtnis“ von Ukrainern, Russen, Kasachen und anderen Völkern der ehemaligen Sowjetunion. Die russische Seite empfindet die vom Präsidenten der Ukraine betriebene Anerkennung der Genozidthese implizit als antirussische Schuldzuweisung. Im Hinblick auf nationalistische Tendenzen in der ukrainischen öffentlichen Debatte ist dieser Vorwurf nicht unbegründet, bezüglich der Haltung des Präsidenten und der meisten Abgeordneten jedoch nicht gerechtfertigt.¹⁹

¹⁹ Dass die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um den Holodomor mit dem verstärkten

Die Haltung der PR war jedoch nicht nur von der Sorge um innere Konsolidierung und geschichtspolitischen Frieden mit Russland, sondern auch von machtpolitischen Motiven geleitet. Vor dem Hintergrund der politischen Rivalität und des verfassungsrechtlich noch nicht geklärten Kompetenzgerangels zwischen Präsident und Regierung hätte es eine breite Parlamentsmehrheit unter Einschluss der Stimmen der PR dem Präsidenten ermöglicht, die öffentlichkeitswirksame Rolle eines über regionale Unterschiede und politische Konflikte erhabenen Schiedsrichters zu spielen, der symbolisch die Einheit der Nation garantiert. Eine Zustimmung zum Gesetz wäre für die PR durchaus möglich gewesen: Der heutige Vizepremierminister Dmytro Tabatschnyk hatte bereits 2002/2003 in den parlamentarischen Anhörungen zur Hungersnot – damals ebenfalls in der Funktion als Vizepremierminister der Regierung Janukowytsch – die Hungersnot als „Genozid am ukrainischen Volk“ gewertet.

An der Parlamentsdebatte zur Hungersnot lässt sich exemplarisch der Prozess der kulturellen Umwertung der postsozialistischen Gesellschaft durch nationale Identitäts- und Geschichtspolitik illustrieren: Mittels eines essentialistischen Geschichtsbildes werden relative Unterschiede zwischen politischen und nationalen Gruppen in absolute, totale Unterschiede verwandelt, um durch Exklusion den politischen Gegner zu delegitimieren.¹⁰ Der stellvertretende Fraktionsführer des „Blockes Julia Timoschenko“ Oleksandr Turtschnow erklärte die Zustimmung zur Anerkennung der Genozidthese zum Maßstab der Zugehörigkeit der Abgeordneten zur nationalen Elite und ihrer moralischen Fähigkeit, die Würde der Vorfahren zu verteidigen und sich als Nation zu präsentieren. Durch

Heranrücken der Ukraine auch im „älteren EU-Europa“ zum Thema werden könnten, illustriert die Ausstellung „Die Hungersnot in der Ukraine 1932/1933“, die das Österreichische Staatsarchiv, die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft und die Ukrainische Botschaft in Wien unter Schirmherrschaft von Bundesminister a. D. Rudolf Edlinger organisierten und am 21. 2. 2006 eröffneten: Gegen die Ausstellung hatten Vertreter der Russischen Föderation Einwände bei der österreichischen Regierung vorgebracht. Offensichtlich unterstellte die russische Seite der Ausstellung eine antirussische Tendenz.

¹⁰ Vgl. zu diesem postkolonialistischen Ansatz Graham Smith u. a. (Eds.), *Nation-Building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge 1999, S. 15–16.

die geschichtspolitische Moralisierung einer juristischen Formel wurden die fast ausschließlich in der Anerkennung des Genozids liegenden Unterschiede zwischen dem modifizierten präsidentialen Gesetzesprojekt und dem Vorhaben der PR in absolute Ausschlusskriterien verwandelt: Denjenigen Abgeordneten, welche die Genozidthese ablehnten, wurde implizit die „wahre“ patriotische Gesinnung abgesprochen und ihr Handeln im Namen der Nation moralisch delegitimiert.

Politisierung und nationalistische Tendenzen

Die auf die Genozidthese fixierte Hungerdebatte ging auch mit der Konstruktion nationaler (antirussischer) Feindbilder und Stereotypen einher. Die meisten Debattenredner des nationaldemokratischen Lagers und insbesondere der Präsident haben die Genozidthese ausdrücklich nicht ethnisch-exklusiv begründet; unter Bezug auf die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1948 argumentierten sie mit dem Kriterium „national“ im Sinne einer politischen Nation, die nicht nur ethnische Ukrainer einschließt. Gleichwohl wurde in einigen Beiträgen der öffentlichen Debatte Russland als dem alleinigen Rechtsnachfolger der UdSSR die unmittelbare Verantwortung für den Holodomor zugeschrieben.¹¹ Aus historischen und nationalen Stereotypen wurden Schlussfolgerungen für die politische Gegenwart abgeleitet: So sei die (von der Partei der Regionen geforderte) Einführung der russischen Sprache als zweiter Staatssprache der „Versuch, den kulturellen Schlag des Holodomor gegen die Ukrainer auch für die Zukunft festzuschreiben“.¹²

Problematisch ist weniger die Aussage zum Status des Russischen denn die Polarisierung aktueller kulturpolitischer Fragen durch His-

¹¹ Dabei ist zu bedenken, dass ein Teil dieser Beiträge häufig eine direkte Reaktion auf die in Putins Russland gepflegte, apologetische Erinnerung an sowjetische Symbole oder „Helden“ darstellt; dazu gehört die positive Neubewertung von Symbolen des Stalinismus (z. B. von Stalins Geheimdienstchef Berija) – eine Entwicklung, die in der Ukraine angesichts der damit einhergehenden autoritären Entwicklung mit Sorge beobachtet wird.

¹² Vgl. den Beitrag des Politologen und Aktivisten der Jugendorganisation *Pora*, Ostap Kryvdyk, *Holodomor bez Ukraïnciv*, in: *Ukraïns'ka Pravda* vom 27. 11. 2006; www.pravda.com.ua.

torisierung. Fragwürdig sind diese Tendenzen auch deswegen, weil sie die ukrainische Nation ausschließlich als Opfernation definieren und von jeder eigenen Verantwortung für die totalitäre Vergangenheit zu entlasten suchen. In diese Richtung zielt in einigen Fällen auch die Bezeichnung des Holodomor als „ukrainischer Holocaust“, die den Holocaust zugunsten der Hervorhebung und Wahrung des Opferstatus in den Hintergrund drängen soll. Jedoch bedeutet dieser in der ukrainischen Debatte fast eingebürgerte Begriff nicht zwangsläufig eine Abwertung des Holocaust, auch wenn dieser in der Erinnerungskultur der Ukraine und anderen Staaten Ostmitteleuropas einen insgesamt wohl geringeren Stellenwert als die sowjetischen Verbrechen hat.¹³ In vielen Fällen signalisiert der Begriff das Bedürfnis nach Anerkennung einer internationalen und vor allem in den westeuropäischen Erinnerungskulturen immer noch wenig bekannten totalitären Vernichtungserfahrung.

Nach Meinung einer Minderheit von ukrainischen Historikern haben eine nationale und moralisierende Argumentation sowie die legitimationswissenschaftlich-staatsaffirmative Fixierung auf die Genozidthese Auswirkungen auf das Klima in der historischen Forschung der Ukraine: Die in den vergangenen Jahren zunehmende Politisierung könne „dem umfassenden Verständnis des Ausmaßes, der Ursachen und der Folgen der Tragödie nur abträglich“ sein.¹⁴

Ambivalenz nationaler Geschichtspolitik

Trotz der exklusiv-nationalistischen Tendenzen ist für viele ukrainische Wissenschaftler und Intellektuelle, die der Genozidthese folgen, die historische Aufarbeitung der Hungersnot kein Grund für zwischennationale Schuldzuweisungen; vielmehr gilt sie als ein historisches Argument für die Demokratisie-

rung und Westorientierung der Ukraine. Ein Beispiel ist die Geschichtspolitik Viktor Juschtschenkos in seiner Zeit als Oppositionsführer der Jahre 2003/2004. Im Rahmen des Gedenkens zum 70. Jahrestag des Holodomor 2003 unterstrich er die Bedeutung einer freien Presse und einer in Europa integrierten Ukraine: In einem solchen Land hätte kein Regime die Hungersnot verschweigen und den Notleidenden Hilfe verwehren können. In demokratisch-emanzipatorischer Absicht nutzte Juschtschenko das Thema zu einer Kritik am autoritären Regime Kutschmas, ohne durch Schuldzuweisungen an „die Russen“ in die Falle der staatlichen Propaganda gegen die „faschistischen Nationalisten“ zu tappen. Auch in anderen historischen Fragen verband der damalige Oppositionsführer Schlüsselemente des antisowjetisch-nationalen Geschichtsbildes mit einem demokratisch ausgerichteten Reformprogramm und konnte der Opposition so auch Wähler außerhalb der nationalbewussten Westukraine erschließen.

Mit dem Rollenwechsel Juschtschenkos vom Oppositionsführer zum Präsidenten haben sich die Bedeutungen seiner Geschichtspolitik gerade im Bezug auf das Thema Hungersnot verschoben: Im Vordergrund stehen Werte wie „Konsolidierung“, „Einheit der Nation“ und – eng damit verbunden – die politisch-moralische Legitimation der präsidentiellen Führung und der sie unterstützenden politischen Kräfte. Gleichwohl lässt sich diese Geschichtspolitik nicht auf eine machtpolitische Inszenierung der Staatsmacht reduzieren: Die christlich-religiös eingefärbten Zeremonien zum Gedenken an die Opfer des Holodomor im November 2005 und insbesondere im November 2006, die in Kiew unter dem Motto „Zünde eine Kerze an“ stattfanden, illustrierten das verbreitete Bedürfnis der Bevölkerung, der Tragödie zu gedenken: Tausende Kiewer stellten vor dem Denkmal zum Holodomor auf dem Platz vor dem Michaelskloster eine Kerze zum Andenken an die Opfer der Hungersnot auf. Die vom Präsidenten anlässlich des Gedenktages eröffnete und stark besuchte Ausstellung „Freigegebene Erinnerung“ im „Ukrainischen Haus“ in Kiew präsentierte geheime Dokumente der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zur Hungersnot und zu den politischen Repressionen des Stalinismus. Diese und ähnliche Ausstellungen in den Regionen sollten mittels der Auseinandersetzung mit

¹³ Vgl. zum Zusammenhang von Erinnerung an den Holocaust in der Ukraine, den Zweiten Weltkrieg und den damit symbolisch häufig verknüpften „ukrainischen Holocaust“ Wilfried Jilge, Zmahannja žertv [Konkurrenz der Opfer], in: Krytyka, (2006) 5, S. 14–17.

¹⁴ Valerij Vasil'ev, Zwischen Politisierung und Historisierung. Der Holodomor in der ukrainischen Historiographie, in: R. A. Mark/G. Simon (Anm. 3), S. 165–182, hier S. 182. Für Hinweise zur jüngsten Entwicklung im Januar 2007 danke ich dem Kiewer Historiker Heorhij Kasianov.

der sowjetischen Vergangenheit die Intoleranz gegenüber jeder Form von Gewalt und die demokratische Entwicklung fördern.

Im Kontrast zu dem demokratischen und moralisch-patriotischem Impetus stehen jedoch einige strukturelle Kontinuitäten zwischen der Geschichtspolitik des Kutschma-Regimes einerseits und der heutigen Präsidialadministration sowie der Regierung andererseits. Ein Beispiel ist die nicht immer transparente Genese der Gründung des INP: Der Posten des Direktors und seiner Stellvertreter wurde entweder mit Politikern aus dem Umkreis des Präsidenten und des nationaldemokratischen Lagers oder mit „guten Patrioten“ besetzt, die durchweg keine Historiker sind. Vor allem aber ist das Institut, das in der nationalen Gedenkstätte untergebracht werden soll, bisher eine rein virtuelle Veranstaltung ohne Adresse und Finanzierung; seine Genese entzieht sich weitgehend der Öffentlichkeit.¹⁵ Insgesamt drängt sich daher der Eindruck auf, dass eine stark moralisierende Geschichtspolitik und ihre monumentalen Gedenkformen die Perpetuierung eines die offizielle Kulturpolitik kennzeichnenden postsowjetischen Klientelwesens und dessen Verhaltensweisen verschleiern sollen.

Fazit

Der Holodomor ist ein Schlüsselereignis im nationalen Geschichtsbild der Ukraine. Seine Interpretation als „Genozid am ukrainischen Volk“ ist in den vergangenen Jahren noch stärker ins Zentrum einer symbolisch-geschichtspolitischen und staatlich geförderten

¹⁵ Zum Direktor ernannte der Präsident Ihor Juchnowsky, der von 1990 bis 2006 für die Nationalbewegung Ruch und später für den „Block Viktor Juschtschenko ‚Unsere Ukraine‘“ im Parlament saß und heute Mitglied des Rates der Präsidentenpartei „Volksunion ‚Unsere Ukraine‘“ ist. Juchnowsky ist Physiker und leitet eines der Institute für Physik an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Dem Physiker, der bereits als Abgeordneter mit geschichtspolitischen Fragen befasst war und dort eine moderate Haltung einnahm, darf ein ernsthaftes Interesse an der Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit unterstellt werden. Bemerkenswert ist, dass der wissenschaftliche Sekretär des Instituts zum Stellvertreter ernannt wurde. Zum weiteren Stellvertreter wurde der Vorsitzende der Kiewer Organisation der Vasyl Stus-Gesellschaft „Memorial“ ernannt. Krucyk war von 1994–1998 als Mitglied des Kongresses der Ukrainischen Nationalisten Abgeordneter im ukrainischen Parlament.

Nationsbildung gerückt. Wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten ist die Interpretation der Hungersnot als Genozid auch Teil der Bemühungen, durch eine als einzigartig gedeutete totalitäre Erfahrung die Nation als besondere Opfer- und Erinnerungsgemeinschaft zu konstituieren und ihre Einheit historisch zu legitimieren. Dabei zeigt sich, dass die Veränderungen der Bedeutungen der Geschichtspolitik ein und derselben politischen Kraft u. a. von ihrer Rolle in den politischen Institutionen und der jeweiligen machtpolitischen Konstellation abhängig sind.

Eine breite Übereinstimmung der Bevölkerung mit der Genozidthese, mit der Juschtschenko implizit sein Gesetzesvorhaben rechtfertigte, lässt sich aus jüngsten Umfragen nicht ablesen. Dennoch könnte die staatlich geförderte Erinnerung an den Holodomor ein Grund dafür sein, warum das Thema im historischen und nationalen Bewusstsein der Ukrainer an Bedeutung gewonnen hat. Nach einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie an der Mohyla-Akademie hat die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung von der Hungersnot gehört oder gelesen (mehr als 94 Prozent). 69 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass für den Hunger vor allem die Aktionen der Sowjetmacht verantwortlich waren. Aber nur ein Viertel derjenigen, die von einer geplanten Hungersnot ausgehen, glauben, dass sie ausschließlich gegen ethnische Ukrainer gerichtet war. Dagegen glauben 61 Prozent, die von einer geplanten Hungersnot ausgehen, der Holodomor habe sich gegen alle Bewohner der Ukraine unabhängig von ihrer Nationalität gerichtet. Bemerkenswert ist, dass im überwiegend russischsprachigen Süden fast 60 Prozent und im ebenfalls russischsprachigen Osten immerhin deutlich über 40 Prozent der Befragten meinen, dass der Holodomor von den sowjetischen Machthabern verursacht wurde (im Westen des Landes ca. 80 Prozent, im Zentrum über 70 Prozent). Insofern könnte der Holodomor tatsächlich zu einem Symbol werden, das Ukrainer unterschiedlicher Regionen in der Erinnerung an eine totalitäre Vernichtungserfahrung eint.¹⁶

¹⁶ Vgl. die Zahlen bei Viktorija Herasymčuk, Nedorozkazaly, in: Den', Nr. 196 vom 11. 11. 2006.

Das ukrainisch-polnische Verhältnis

Ukrainer und Polen gehören zur Gruppe benachbarter Völker, über die man – im Anklang an die Worte des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck – sagen kann, dass sie in ihrer Geschichte keine guten Freunde waren.¹ Die Geschichte der ukrainisch-polnischen Beziehungen umfasst über tausend Jahre. Im Verlaufe einer so langen Zeit durchliefen sie naturgemäß einen langen Weg der Bildung, Entwicklung und Veränderung ihres Charakters.

Bohdan Hud

Dr. phil., geb. 1956; Historiker und Politologe; Direktor am Institut für Europäische Integration der Ivan Franko Nationaluniversität L'viv (Lemberg), 1, Universytetska str., L'viv, 79000/Ukraine. bohdanhud@yahoo.com

Die Gründung zweier benachbarter Staaten, der Kiewer Rus (Kiewer Reich) und des Staates der Piasten, in deren Rahmen

die Herausbildung der ukrainischen und der polnischen Ethnie begann, fällt in das Ende des ersten Jahrtausends nach Christus. Praktisch gleichzeitig empfingen sie das Christentum: 966 (Piasten bzw. Polen) und 988 (die Rus), mit dem Unterschied, dass die Polen das Christentum des lateinischen oder westlichen Ritus annahmen, die Rus hingegen des byzantinischen oder östlichen. Von da an übte dieser Unterschied der religiösen und zugleich auch zivilisatorischen Zugehörigkeit einen bedeutenden Einfluss auf die ukrainisch-polnischen Beziehungen aus. Zwar war auch die Kiewer Rus im Laufe der Jahrhunderte offen für westliche Einflüsse, und die ukrainische Orthodoxie war – im Unterschied etwa zur moskowitischen – toleranter gegenüber anderen Glaubensbekenntnissen. Dennoch ist Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj darin zuzustimmen, dass gerade „die Religion die Ukrainer und Polen immer mit einer groben Linie voneinander trennte“.²

In den ersten Jahrhunderten waren die Beziehungen zwischen der Kiewer Rus und Polen nicht von Feindschaft gekennzeichnet. Die Beziehungen zwischen den Herrschern fügten sich in das damals übliche Schema der auswärtigen Politik ein; sie waren durch Fehden zwischen den Fürsten wie durch Bündnisse und Koalitionen zwischen Feinden von gestern gekennzeichnet.

Die Gleichwertigkeit der Beziehungen zwischen den beiden größten Staaten Mitteleuropas wurde durch den verheerenden Tatareneinfall der „Goldenen Horde“ 1240/41 nachhaltig gestört. Die Rus, in einzelne Fürstentümer aufgeteilt, errang die verlorene Macht nie mehr zurück. Dem polnischen Königreich dagegen gelang es, den Tatarenanstoß zurückzuschlagen. Danach entwickelte es sich in allen Bereichen des staatlichen und kulturellen Lebens. Unter den Bedingungen der Krise der ruthenisch-ukrainischen Staatlichkeit annektierte Polen schließlich im Jahre 1387 Galizien, das mit Unterbrechungen bis 1939 Bestandteil des polnischen Staates bleiben sollte.

In den folgenden Jahrhunderten erwies sich die Politik der litauischen Fürsten, nach Osten vorzustoßen, als sehr erfolgreich. Sie schufen ein gewaltiges Reich, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte und in dem die litauischen Gebiete nur ein Zehntel des gesamten Territoriums ausmachten. Den Rest bildeten die weißrussischen und ukrainischen Länder. In dieser Lage wurde dank gelungener Diplomatie auch das Vordringen Polens nach Osten möglich. Litauen war gezwungen, seine östlichen Grenzen zunächst vor den Überfällen der Tataren, später gegen den Moskauer Staat zu schützen, und suchte Unterstützung bei seinem westlichen Nachbarn. Die im Jahre 1385 in Krevo geschaffene Union zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen begründete ein dynastisches Bündnis zwischen beiden Staaten, das im

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Dr. Ernst Lüdemann, Nußloch.

¹ Vgl. Jan Feldman, *Bismarck a Polska*, Warschau 1980, S. 472.

² Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, *Istoryčni ese V 2 t.* Tom 1, Kiew 1994, S. 85.

Jahre 1413 durch die Union von Horodlo vertieft wurde. Damit waren die Grundlagen für die Vorherrschaft des polnisch-litauischen Elements im künftigen Vielvölkerstaat geschaffen, da mit der Union die Privilegien der litauischen Herrscher römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses festgeschrieben und die ruthenischen Eliten von der Macht ferngehalten wurden.¹³

Die endgültige Herausbildung dieser *Rzeczpospolita* (res publica) wurde anderthalb Jahrhunderte später vollendet. Der neue Staat entstand als Folge der Union von Lublin im Jahre 1569. Zu seiner größten Schwäche sollte die Abwesenheit des dritten, ruthenischen „Elementes“ in der Föderation „zweier Völker“ werden. Dieser Umstand wurde immer wieder zum Anlass heftiger ukrainisch-polnischer Konflikte, welche 1596 zur religiösen Union zwischen der ukrainischen orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche führte und das Entstehen der „Unierten“ – später „Griechisch-Katholischen“ – Kirche sowie neue Spaltungen innerhalb der ukrainischen Gesellschaft zur Folge hatte.

Gleichwohl hatte die Union von Lublin für die ukrainischen Länder nicht nur negative Folgen, waren sie doch nun mehrheitlich im Rahmen eines einzigen staatlichen Organismus vereint, was die Bindungen zwischen dem Westen und dem Osten der Ukraine stärkte. Mehr noch, der Beitritt zu einem Staatswesen, das unter dem Einfluss europäischer kultureller Prozesse stand, bedeutete die Übertragung dieser Einflüsse auch auf die ukrainischen Länder. Nicht von ungefähr waren das Ende des 16. und der Beginn des 17. Jahrhunderts eine Periode der Entwicklung der Bildung und des Buchdrucks, der Architektur, der Literatur und der bildenden Künste. Außerdem gehörte die *Rzeczpospolita*, in der die Feuer der Inquisition nicht brannten und in der neben der römisch-katholischen Kirche weiterhin die orthodoxe bestand und sich der Protestantismus entfalten konnte, unter religiösem Aspekt damals zu den tolerantesten Staaten Europas.

Die Nachfahren der litauisch-ruthenischen Fürsten- und Bojarengeschlechter wurden im

Laufe von zwei bis drei Generationen latinisiert, indem sie die westliche, europäische Kultur, polnisch vermittelt, übernahmen. Durch den Übergang zum Katholizismus verloren die ruthenischen Eliten jedoch die Verbindung zu breiten Schichten der „*rzeczpospolitischen*“ ruthenischen Bevölkerung. Sie verschmolzen organisch mit dem Milieu der polnisch-litauischen Aristokratie und genossen die „goldenen Freiheiten“ der Adelsimmunität. Wie der polnische Schriftsteller Tadeusz Konwicki treffend bemerkte, „infizierten“ die Polen die Ukrainer mit der lateinischen Tradition, während die Ukraine-Rus der *Rzeczpospolita* einen verwöhnten Magnatenstand übergab, der seinerseits die Polen mit dem Großen Osten „ansteckte“.¹⁴ Es sollte aber auch hervorgehoben werden, dass viele Vertreter des mittleren und kleinen ruthenisch-litauischen Adels der orthodoxen Kirche treu blieben oder sich, wie in Wolhynien und Galizien, dem Protestantismus anschlossen.

Während sich der litauisch-ruthenische Adel geradezu organisch in die Struktur der *Rzeczpospolita* einfügte, geriet das Zaporoger Kosakentum in ständig neue Konflikte mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten. Die Rolle des Kosakentums wuchs in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts rasch an. In dieser Zeit entstanden in der Ukraine zahlreiche Adelsgüter, in denen Getreide angebaut und Vieh für den Verkauf gezüchtet wurde. Gute und rasche Erwerbsmöglichkeiten spornten die Großgrundbesitzer an, ihre Ländereien auszuweiten und die ukrainischen Bauern zu Leibeigenen zu machen. Diese Vorgänge spitzten sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu, als Westeuropa, während es vom Dreißigjährigen Krieg verwüstet wurde, zum Hauptabnehmer von ukrainischem Brot und Fleisch aufstieg. Die Bauern versuchten, sich der Leibeigenschaft zu entziehen. Viele flohen in die unbesiedelten Steppengebiete, etwa in das „Land hinter den Stromschnellen“ (*Zaporizžja*), wo sie sich den Kosaken anschlossen. Hier liegt die Ursache für zahlreiche Aufstände der Kosaken-Bauern. Ferner begünstigte der Beitritt von Vertretern des ukrainischen Adels zum Kosakentum dessen Umwandlung in eine mächtige militärisch-politische Organisation, die zu Beginn des 17. Jahrhunderts an der Spitze der ukrai-

¹³ Vgl. Karol Grünberg, Spregel Bolesław. *Trudne sąsiedztwo. Stosunki polsko-ukraińskie w X-XX wieku*, Warschau 2005, S. 38.

¹⁴ Kazimierz Podlaski, *Bilorusy – litowci – ukrajinci: naši vorohy čy braty?*, München 1986, S. 147.

nischen religiösen und sozialen Bewegung stand.

Vor allem die mächtigen Fürsten des Grenzgebietes wollten das ukrainische Kosakentum vernichten. Die kosakischen quasi-staatlichen und sozialen Strukturen bildeten für sie das Haupthindernis für die völlige Unterwerfung der ukrainischen Gebiete. Der Konflikt zwischen dem Magnatentum und den Kosaken drohte sich zu einem national-religiösen und sozialen ukrainisch-polnischen Konflikt mit tragischen Folgen für beide Völker auszuweiten. Vorboten der künftigen Katastrophe wurden die Kriege zwischen den Kosaken und dem Adel in den 1620er und 1630er Jahren, die sich zur ukrainischen Revolution unter Führung von Bohdan Chmel'nyč'kyj auswuchsen. Es wurde deutlich, dass alle Schichten des ukrainischen Volkes – vom Adel und der höheren Geistlichkeit bis hin zu den Bauern – die Grundlagen der Union von Lublin kategorisch ablehnten. Das 1569 ignorierte „dritte Element“ der polnisch-litauischen Föderation drängte nun auf einen eigenen Staat. Selbst die weitgehende Autonomie der Wojewodschaften von Kiew, Tschernihiw und Braclaw nach dem Abkommen von Zboriv 1649 konnte es nicht zufrieden stellen. Chmel'nyč'kyj strebte danach, ein ruthenisches Fürstentum in den Grenzen der ehemaligen Kiewer Rus einschließlich Galiziens zu errichten. Das war für die polnische Seite nicht annehmbar.

Gegenspieler Moskau

Einige Jahre erbitterten Kriege brachten keiner Seite den Sieg. Auf der Suche nach Unterstützung unterschrieb Chmel'nyč'kyj 1654 in Perejaslaw ein Abkommen mit Russland, das dessen Protektorat über das Saporoscherheer vorsah. Dieses Abkommen, mit dem sich die Kosaken der russischen Herrschaft unterstellten, hatte fatale Folgen für die Ukraine und ebenso für Polen. Es zog das Moskowitische Reich in die osteuropäische Politik hinein, half jedoch den Kosaken nicht, ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen. Mehr noch, es schuf die bedrohliche Aussicht, dass die polnische Herrschaft nur durch die Moskauer Despotie abgelöst wurde. Das Abkommen von Hadjač zwischen der Ukraine und Polen, welches endlich auch das „dritte Element“ in der Rzeczpospolita berücksichtigen sollte, er-

wies sich sehr bald als Fehlschlag. Nach einem erbitterten Bürgerkrieg mit schrecklichen Verbrechen auf beiden Seiten wurde das Abkommen weder in Polen noch in der Ukraine angenommen.

In erster Linie profitierte Moskau davon. Gemäß dem 1667 im Dorf Andrusowo in der Nähe von Smolensk unterzeichneten Waffenstillstand zwischen dem Zarenreich und der Rzeczpospolita fielen die ukrainischen Gebiete auf dem linken Ufer des Dnipro (das „Linksufrige“, *lívoberežžja*) an Moskau. Die rechtsufrige Ukraine (*pravoberežžja*) verblieb formell unter dem Einfluss Polens. Indes endete der Kampf um dieses Gebiet erst nach dem Nordischen Krieg 1711, als es erneut ein fester Bestandteil des polnischen Staates wurde.

Die neuerliche Annexion des rechtsufrigen Gebietes begünstigte die polnischen Großgrundbesitzer, die ihre gewaltigen Latifundien rasch wiederherstellten. Für die Rzeczpospolita blieben diese Ländereien der Quell eines beständig schwelenden religiösen und sozialen Konfliktes. Die ukrainischen Bauern im rechtsufrigen Gebiet revoltierten mehr als einmal gegen die polnische Adels Herrschaft; diese Unruhen gingen als Hajdamakenaufstände in die Geschichte ein. Unordnung und Anarchie, die unter den Bedingungen einer schwachen Königsherrschaft und adliger Willkür auf diesen Ländereien herrschten, lieferten den Russen immer wieder geeignete Anlässe, sich in die inneren Angelegenheiten der Rzeczpospolita einzumischen und eine Politik des *divide et impera* durchzuführen, indem sie die ukrainische orthodoxe Bevölkerung gegen Katholiken und Unierte unterstützte.

Schlagendes Beispiel einer solchen Politik wurde der groß angelegte Hajdamakenaufstand im Jahre 1768, ausgelöst durch prorussische Kräfte, die *Kolijivščyna* (*Kolij*, „großes Messer“). Zu Opfern des Gemetzels, das die Hajdamaken verübten, wurden Tausende aus der polnischen, ukrainischen (unierten) und jüdischen Bevölkerung der rechtsufrigen Ukraine. Unter dem Vorwand, Ordnung in den Territorien zu schaffen, die unmittelbar an das Russische Reich grenzten, ließ Zarin Katharina II. russische Truppen einmarschieren und unterdrückte die *Kolijivščyna*. Einige Jahre später führte sie gemeinsam mit Preu-

ßen und Österreich die erste Teilung der Rzeczpospolita durch. Auf die erste Teilung folgten die zweite (1793) und die dritte (1795) Teilung Polens, und der gewaltige Vielvölkerstaat hörte auf zu bestehen.¹⁵ Als Folge der Teilungen gelangte fast die gesamte rechtsufrige Ukraine an das Russische Reich, mit Ausnahme Ostgaliziens mit dem Zentrum in L'viv (Lemberg) und der nördlichen Bukowina mit Černivci (Czernowitz), die an die Österreichische Monarchie fielen.

Bis in die jüngste Zeit vertrat man in der ukrainischen Geschichtsschreibung die Ansicht, dass mit dem Wandel der staatlichen Zugehörigkeiten der ukrainisch-polnische Konflikt nur in Ostgalizien überdauerte. In den Gebieten der rechtsufrigen Ukraine unter russischer Herrschaft, die Anfang des 19. Jahrhunderts in die Kiewer, Podolische und Wolhynische Gubernie aufgeteilt wurden, sei dagegen der ukrainisch-russische Konflikt zum dominierenden geworden. Doch in den vergangenen Jahren erlangte die Konzeption des ukrainischen Emigrationshistorikers Ivan Lysjak Rudnyc'kyj¹⁶ und des französischen Forschers Daniel Beauvois¹⁷ immer breitere Beachtung, wonach sich in Kiew, Podolien und Wolhynien bis zum Ende des Ersten Weltkrieges ein heftiger ethnosozialer Konflikt zwischen den polnischen Großgrundbesitzern und dem ukrainischen Kleinbauernum gehalten habe. Der Anlass dafür lag darin, dass die russische Regierung, nachdem sie die polnisch-litauische Staatlichkeit aufgelöst hatte, auf regionaler Ebene gezwungen war, auf die Erfahrungen des polnischen Adels zurückzugreifen und ihn in das System der lokalen Selbstverwaltung einzubeziehen, wobei sie den Polen die Mehrheit der Posten in den Gubernien (Gouvernements) und Kreisen überließ. Auch wurden die Rechte der polnischen Großgrundbesitzer auf die Ländereien bestätigt, die sich in ihrer Verfügung befanden, zusammen mit den bäuerlichen Leibeigenen.¹⁸ Auf diese Weise blieben

die polnischen Einflüsse in der rechtsufrigen Ukraine weitgehend erhalten, und auch die feudalen Strukturen, die sich im 17. und 18. Jahrhundert herausgebildet hatten, wurden konserviert.

Erfolgreich betrieb die Zarenregierung weiterhin eine Politik des *divide et impera*. Einerseits brachte sie die orthodoxe ukrainische Bevölkerung gegen die katholischen Polen auf, besonders während der polnischen Aufstände 1830/31 und 1863/64, andererseits leistete sie den polnischen Großgrundbesitzern tätige Hilfe bei der Unterdrückung der antifeudalen Bauernbewegungen. Insgesamt gelang es dem Zaren, dank einer rücksichtslosen Unterdrückung, der die polnischen Großgrundbesitzer ihre ukrainischen Untergebenen aussetzten, die Masse der Bauern auf ihre Seite zu ziehen. Diese traten aktiv auf der Seite der Russen im Kampf gegen die adligen Revolutionäre auf, besonders während der Jahre 1863 und 1864. Prorussische Haltungen nahm auch die schmale ukrainische Intelligenz ein, die den Weg der direkten Zusammenarbeit mit der zaristischen Regierung einschlug, um den polnischen Einfluss in der Ukraine zu bekämpfen.

Vorherrschend war indes nicht der nationale, sondern der ethnosoziale Konflikt, da im absolutistischen Zarenreich offene Äußerungen nationalen Selbstbewusstseins und nationaler Gegensätze unmöglich waren. Stattdessen schwelte der Konflikt in der Ukraine auf dem Lande und brachte sich ständig mit bäuerlichen Unruhen in Erinnerung, deren zwischenzeitlicher Höhepunkt in die Jahre der russischen Revolution 1905–1907 fällt. Sein endgültiger Austrag fällt in die letzten Jahre des Ersten Weltkrieges, als nach der demokratischen Februarrevolution von 1917 der Bauernaufstand in Russland den polnischen Großgrundbesitz völlig vernichtete.¹⁹

Ethnopolitische Konflikte

In den Jahren 1918 bis 1921 war das ukrainisch-polnische Verhältnis von den bilateralen Beziehungen zwischen ihren neu entstan-

völkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1993²⁰), S. 65.

¹⁹ Vgl. Bohdan Hud', Zahybel' Arkadij. Etnosocial'ni aspekty ukrainis'ko-pol's'kykh konfliktiv XIX – pershoji polovyny XX stolittja, Lemberg 2006, S. 243–306.

¹⁵ Vgl. Leonid Zaškil'njak, Krykun Mykola. Istorija Pol's'ci: Vid najdavnišich časiv do našych dniv, Lemberg 2002, S. 232–249.

¹⁶ Vgl. I. Lysjak-Rudnyc'kyj (Anm. 2).

¹⁷ Vgl. Daniel Beauvois, Trójkąt ukraiński. Szlachta, carat i lud na Wołyniu, Podolu i kijowszczyźnie. 1793–1914, Lublin 2005, S. 92–96.

¹⁸ Vgl. Andreas Kappeler, Rossija – mnogonacional'naja imperija. Voznikovenije. Istorija. Raspad, Moskau 2000 (russ. Ausgabe von: Rußland als Viel-

denen Staaten geprägt. Der nächste Konflikt, nun von ethnopolitischem Charakter, schien unvermeidlich. Es ging um die umstrittenen Territorien der rechtsufrigen Ukraine, die von einer gemischten ukrainisch-polnischen Bevölkerung besiedelt waren. Der Kampf um das Territorium und die Grenzen zwischen der Ukrainischen Volksrepublik (UVR) mit dem Zentrum in Kiew und Polen (II. Rzeczpospolita) dauerte bis Ende 1919. Nur die Tatsache, dass sich die Führer der beiden Staaten, Symon Petljura und Jozef Pilsudski, der manifesten Bedrohung von Seiten des gemeinsamen Feindes, des bolschewistischen Russlands, bewusst wurden, zwang die Konfliktparteien schließlich zu einem Waffenstillstand.

Der nächste Schritt zu einer Verständigung zwischen der UVR und der Rzeczpospolita wurde ein militärisch-politisches Bündnis, der Warschauer Vertrag von 1920, kraft dessen Polen sich verpflichtete, den Ukrainern bei der Wiedererrichtung eines unabhängigen ukrainischen Staates Hilfe zu leisten. Jedoch endete die gemeinsame antibolschewistische Aktion (Kiewer Feldzug) im selben Jahr mit einem Misserfolg: Ohne die Hilfe des Westens konnten die Verbündeten das bolschewistische Russland nicht überwinden. In dieser Situation unterschrieb Polen im März 1921 in Riga einen Friedensvertrag mit der Russischen Föderation und ihrem Satelliten, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (Ukrainische SSR). Polen hatte sich so das östliche Galizien und das westliche Wolhynien gesichert, die in der Zwischenkriegszeit zum Zentrum einer neuen Runde des ukrainisch-polnischen Konfliktes wurden.¹⁰ Dieser westliche Teil der Ukraine wurde 1939 von der Sowjetunion annektiert und der Ukrainischen SSR zugeschlagen.

In Galizien hatten sich die ukrainisch-polnischen Beziehungen seit Mitte des 14. Jahrhunderts entwickelt. Die Dominanz des polnischen Adels führte dazu, dass die galizischen Ukrainer oder Ruthenen praktisch jeden Einfluss verloren. Die Einverleibung Galiziens in die Habsburgermonarchie gereichte den Ruthenen zum Vorteil, denn sie erhielten die Möglichkeit einer zwar begrenzten, aber doch realen national-kulturellen

Entwicklung. Der polnische Adel leistete heftigen Widerstand, hatte er doch weiterhin die führenden Posten in der örtlichen Selbstverwaltung wie auch im wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes inne. Die Beziehungen zwischen Ruthenen und Polen verschärften sich innerhalb kurzer Zeit. Aus Dankbarkeit gegenüber dem Kaiserthron halfen die galizischen Ukrainer der Regierung im Jahre 1848, den polnischen Aufstand in Lemberg zu unterdrücken. Aber Wien ließ die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Galizien unverändert und tolerierte ausdrücklich den polnischen Adel, der nach Einführung der galizischen Autonomie 1861 nun sogar die ganze Macht erhielt.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs das nationale Selbstbewusstsein der galizischen Ruthenen. Es bildete sich eine zahlenmäßig starke Schicht der ukrainisch-galizischen Intellektuellen heraus, unter deren Einfluss sich die Bauern immer deutlicher darüber klar wurden, dass die soziale Befreiung Hand in Hand mit der nationalen gehen müsse, und aktiv im Kampf gegen die Allzuständigkeit des polnischen Adels teilnahmen. Ein schlagendes Beispiel für die bäuerliche, gegen den Adel und zugleich gegen die Polen gerichtete Bewegung war der Streik des Jahres 1902, organisiert von der ukrainischen Radikalen Partei. Besonders heftig war der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und für die Einrichtung der ukrainischen Universität in Lemberg. In seinem Verlauf gab es zahlreiche Opfer auf beiden Seiten. Der Statthalter Galiziens Graf Andrzej Potocki wurde der Wahlfälschung beschuldigt und von dem ukrainischen Studenten Myroslav Sičyn's'kyj erschossen. Im Jahre 1910 fiel der Ukrainer Adam Kocko den blutigen Zusammenstößen zwischen ukrainischen und polnischen Studenten an der Universität Lemberg zum Opfer.¹¹

1914 erreichte der ukrainisch-polnische Konflikt in Galizien seinen Höhepunkt. Am Vorabend des Krieges konnte die Wiener Regierung ihn nur unter beträchtlichen Anstrengungen beilegen – jedoch nicht für lange Zeit. 1918 brach er mit dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie mit neuer

¹⁰ Vgl. Andrzej Chojnowski, *Ukraina*, Warschau 1997, S. 60–62.

¹¹ Vgl. Jarosław Hrycak, *Historia Ukrainy 1772–1999. Narodziny nowoczesnego narodu*, Lublin 2000, S. 100.

Heftigkeit aus. Die in Lemberg am 1. November jenes Jahres proklamierte Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) war vom ersten Tage ihres Bestehens an gezwungen, gegen den Aufstand der galizischen Polen zu kämpfen, die bald Hilfe aus Zentralpolen erhielten. In dem erbitterten „Krieg um Lemberg“ errangen die Polen den Sieg. Jedoch verwandelte sich dieser Sieg, dessen Ergebnis die Einverleibung Ostgaliziens in die II. Rzeczpospolita war, in der Zwischenkriegszeit für die Polen in ein ernstes Problem. Die ukrainische Nationalbewegung fand sich mit dem Verlust ihrer Staatlichkeit nicht ab, und die nationale und soziale Politik der polnischen Regierungen trug nicht dazu bei, die Ukrainer wenn schon nicht zu Freunden, dann wenigstens doch nicht zu Feinden des polnischen Staates zu machen.¹² Die polnische Schriftstellerin Maria Dombrowska bemerkte prophetisch, dass der polnische Staat für seine antiukrainische Politik noch „schwer bezahlen werde“.¹³

So war es kaum verwunderlich, dass sich die ukrainischen Parteien, die legalen wie die illegalen, ausnahmslos in offener Opposition gegenüber Polen befanden. Besonders aktiv war das Wirken der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN). Massive Terroranschläge der OUN in den östlichen Wojewodschaften der II. Rzeczpospolita schufen in der Zwischenkriegszeit eine gespannte Atmosphäre der offenen ethnopolitischen Konfrontation.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges organisierten die OUN und auch prokommunistische Elemente eine Reihe bewaffneter Überfälle auf die zurückweichenden polnischen Streitkräfte, aber auch auf die Besitztümer polnischer Landeigner und Kolonisten. Andererseits hielten die ukrainischen Soldaten in der polnischen Armee (über 100 000) im Allgemeinen den Fahneneid und die Treue gegenüber dem polnischen Staat bis zum Ende, und ein ukrainischer General wurde sogar mit dem höheren militärischen Orden Virtuti Militari ausgezeichnet.¹⁴

¹² Vgl. Tadeusz Olszański, *Historia Ukrainy XX w.*, Warschau 1994, S. 158.

¹³ Zit. in: Bohdan Hud', *Ukrajinci – poljaky: chto vynyen?*, Lemberg 2000, S. 101.

¹⁴ Vgl. Andrzej Sowa, *Stosunki polsko-ukraińskie 1939–1947*, Krakau 1998, S. 76.

Zur tragischen Zuspitzung in den ukrainisch-polnischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs kam es in den Jahren 1943 und 1944. Seine Hauptursache war der Umstand, dass sich die polnische Exilregierung eindeutig dafür aussprach, die Gebiete Galiziens und Wolhyniens auch nach dem Krieg im polnischen Staat zu halten. Die Führung der OUN hingegen verlangte von den Polen, die Territorien als unabhängigen ukrainischen Staat anzuerkennen, der, wie sie meinte, nach einem für Deutschland günstigen Kriegsende entstehen würde. Um den gemischten Bevölkerungscharakter Galiziens und Wolhyniens zu verändern und deren Rückkehr zu Polen zu verhindern, proklamierte die OUN eine „Entpolonisierung“ der westlichen Gebiete der Ukraine, nachdem sie die Polen aufgefordert hatte, ihre Heimstätten zu verlassen und in ethnisch polnische Gegenden umzusiedeln. Da diesem Aufruf nur eine unbedeutende Zahl von Polen folgte, begann die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) mithilfe der örtlichen Landbevölkerung, die polnischen Grundbesitzern und Kolonisten zu enteignen. Es kam zu massiven antipolnischen Aktionen. Ihnen fielen in erster Linie friedliche Einwohner polnischer Nationalität zum Opfer. Als Reaktion übten Einheiten der polnischen Heimatarmee (*Armija Krajowa/AK*) Vergeltung an der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Einige ukrainische und polnische Forscher sind der Ansicht, dass das ukrainisch-polnische Gemetzel auf eine Provokation der sowjetischen Geheimdienste zurückzuführen sei. Bewiesen ist, dass sowjetische Partisaneneinheiten, die sich bald als Soldaten der AK, bald als Kämpfer der UPA ausgaben, entweder Polen oder Ukrainer töteten und damit einen brudermörderischen Krieg hervorriefen. Die Hauptlast der Verantwortung dafür liegt jedoch bei Ukrainern und Polen, denen es wie 1920 nicht gelang, sich gegen die gemeinsamen Feinde zu vereinen und so der nazistischen wie der sowjetischen Politik des *divide et impera* in die Hände spielten. Der Massenmord (auf polnischer Seite kamen zwischen 40 000 und 60 000 Menschen ums Leben, auf ukrainischer über 20 000) an Alten, Frauen und Kindern brachte keiner Seite einen Vorteil. Die Erinnerungen an das „Wolhynische Gemetzel“ wurden zu einer Art Mine mit Zeitzunder, die nach der Wiedergeburt eines unabhängigen Polens und

einer unabhängigen Ukraine die ukrainisch-polnischen Beziehungen vergifteten.

Die Ukraine und Polen heute

Die Ukraine war 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. In den 1980er Jahren verstärkten sich die Unabhängigkeitsbestrebungen; 1990 erklärte die Ukraine ihre Souveränität innerhalb der Sowjetunion und proklamierte am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Polen und die Ukraine nahmen aktiv an den Transformationsprozessen in Mitteleuropa teil. Die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* hatte entscheidend zum Scheitern des kommunistischen Systems in den Satellitenstaaten der Sowjetunion beigetragen. Der Austritt der Ukraine aus dem sowjetischen Imperium verursachte dessen Zerfall. Symbolhafte Bedeutung kommt der Tatsache zu, dass Polen am 1. Dezember 1991 als erster Staat in der Welt die Unabhängigkeit der Ukraine offiziell anerkannt hat. Jedoch entwickelten sich die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten entgegen einer allgemein akzeptierten Vorstellung bei weitem nicht in unkomplizierter Weise. Das trifft besonders auf die erste Hälfte der 1990er Jahre zu, als Lech Wałęsa Präsident Polens war. Als Vertreter der Rechten war er nicht in der Lage, die Vorbehalte gegen die Ukraine und die Ukrainer, die für diese politische Bewegung charakteristisch waren, entscheidend zu bekämpfen, ebenso wenig die Furcht vor Russland.

Die unabhängige Ukraine und Polen mussten ihre bilateralen Beziehungen völlig neu aufbauen. Am 18. Mai 1992 wurde von den Präsidenten Wałęsa und Leonid Krawtschuk in Warschau der Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarstaaten unterzeichnet. Seine Bedeutung lag vor allem in der gegenseitigen Anerkennung der gemeinsamen Nachkriegsgrenze, der Rechte nationaler Minderheiten sowie der Formulierung offenkundiger gemeinsamer Interessen in der Außenpolitik. Doch war die Haltung Wałęsas gegenüber der unabhängigen Ukraine nicht eindeutig. Noch am 5. Dezember 1991 hatte er in einem Interview für die Moskauer Fernsehanstalt „Ostankino“ erklärt, er persönlich unterstütze den Plan Michail Gorbatschows für eine Umge-

staltung der Sowjetunion auf neuen föderativen Grundlagen. Dies widersprach der kurz zuvor getroffenen Entscheidung der polnischen Regierung, die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen, und rief in der Ukraine einen Schock hervor; ebenso gab es Beschuldigungen an die Adresse Polens, es spiele mit der Ukraine ein doppeltes Spiel.¹⁵

In den folgenden Jahren verstärkten sich solche Verdachtsmomente. Ungeachtet ständiger pro-ukrainischer Deklarationen und auch einzelner Maßnahmen, die eine ukrainisch-polnische Zusammenarbeit in Gang bringen sollten, unterstützte die polnische Regierung keine der ukrainischen Initiativen, sich deutlicher dem russischen Einfluss zu entziehen und sich der neuen pro-europäischen Gemeinschaft der ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR anzuschließen. Ende 1993 kam es zu einer tiefen Krise in den ukrainisch-polnischen Beziehungen, als durch polnische Geheimdienste die Spionagetätigkeit eines ukrainischen Majors aufgedeckt wurde. Selbst in den Augen polnischer Beobachter war seine Schuld sehr zweifelhaft.¹⁶ Jedoch nahm die polnische Seite die Regelung der Angelegenheit nicht auf diplomatischem Wege in Angriff, sondern organisierte eine öffentliche Gerichtsverhandlung. In deren Folge waren die ukrainisch-polnischen Beziehungen für mehr als ein Jahr „eingefroren“. Nutzen zog daraus nur Russland.

Die Wahl von Alexander Kwaśniewski als Vertreter der Linken zum Präsidenten Polens im Jahre 1995 wirkte sich positiv auf die ukrainisch-polnischen Beziehungen aus. 1996 lud Kwaśniewski den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma zum Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) ein. Seit dieser Zeit war das Hauptaugenmerk der „östlichen“ Außenpolitik Polens auf die Ukraine gerichtet. Kwaśniewski und Kutschma versuchten, den Einfluss der Vergangenheit auf die ukrainisch-polnischen Beziehungen zu minimieren, nachdem sie im Mai 1997 eine Erklärung über Verständigung und Versöhnung unterzeichnet hatten, in der sie unter anderem die Vorgänge in Wolhynien und Galizien in den

¹⁵ Vgl. Antoni Kamiński/Jerzy Kozakiewicz, *Stosunki Polsko-Ukraińskie. Raport*, Warschau 1997, S. 22–23.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 38–39.

Jahren 1943/44 verurteilten. Nach dem Vorbild der deutsch-polnischen Schulbuchkommission wurde eine ukrainisch-polnische Kommission geschaffen, die an gemeinsamen Zugängen zur Darstellung der belastenden Vergangenheit in Schulbüchern arbeiten sollte. Im Jahre 2000 wurde in Lemberg das Kollegium der ukrainischen und polnischen Universitäten geschaffen, das der Verständigung und Versöhnung zwischen den jungen Leuten der Nachbarländer dienen sollte, ähnlich wie dies die polnisch-deutsche Universität „Viadrina“ in Frankfurt/Oder leistet. Auf wirtschaftlichem Gebiet und dem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ließen die Ukraine und Polen die Tendenz zur Steigerung des Außenhandels erkennen, dessen Warenumsatz drei Milliarden US-Dollar übersteigt. Zwei Euro-Regionen, „Karpaten“ und „Bug“, wurden gegründet, und die Zahl der Grenzübergänge wurde vergrößert. Auf europäischer Ebene wurde Polen zum Anwalt der Ukraine bei deren Integration in die euro-atlantischen Strukturen – eine ähnliche Rolle, wie sie einst Deutschland beim Beitritt Polens zur EU und zur NATO gespielt hatte. Es lag im polnischen Interesse, die Zone der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstandes von ihren Grenzen möglichst weit nach Osten zu verschieben.

Doch diese Bemühungen Polens erwiesen sich als verspätet. Im Unterschied zur pro-europäischen Umgebung Krawtschuks erwies sich die Regierung Kutschma als deutlich prorussisch ausgerichtet. Die Einbeziehung der Ukraine in die Sphäre der strategischen Interessen Russlands wurde auch durch die Tatsache begünstigt, dass Russland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre allmählich den Ausweg aus einer längeren politischen und wirtschaftlichen Krise fand. Mit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin erneuerte es seinen Einfluss im postsowjetischen Raum, insbesondere dank der Preissteigerungen für russische Energieträger auf den Weltmärkten. Eine neue tiefe Krise in den ukrainisch-polnischen Beziehungen trat im Jahre 2004 ein, nachdem Kutschma die These, wonach das hauptsächliche strategische Ziel der Ukraine die Integration in die EU und die NATO sei, aus der Verteidigungsdoktrin der Ukraine gestrichen hatte.

Die ukrainisch-polnischen Beziehungen erfuhr mit dem Beginn der „Orangen Re-

volution“ Ende 2004 eine deutliche Belebung. Bekanntlich leistete Polen die tatkräftigste moralische und materielle Unterstützung für die Demonstranten auf dem Kiewer „Majdan“, und Präsident Kwaśniewski spielte eine gewichtige Rolle bei der friedlichen Lösung der politischen Krise in der Ukraine. Hinzuweisen ist auch auf den entscheidenden Einfluss der Europaabgeordneten aus Polen bei der Annahme der Resolution durch das Europäische Parlament im Januar 2005, in der es die Europäische Kommission dazu aufrief, der Ukraine eine klare Perspektive für eine künftige EU-Mitgliedschaft zu geben.

In den folgenden Jahren gelang es der Ukraine und Polen, einen Schlussstrich unter zwei irritierende Angelegenheiten historischen Charakters zu ziehen, welche die ukrainisch-polnischen Beziehungen vergiftet hatten. Am 24. Juni 2005 wurde in Anwesenheit der beiden Präsidenten Wiktor Juschtschenko und Kwaśniewski ein Friedhof für polnische Kämpfer eingeweiht, die im „Krieg um Lemberg“ 1918–1919 gefallen waren. Ein Jahr später, am 13. Mai 2006, enthüllten die Präsidenten Juschtschenko und Lech Kaczyński feierlich ein Mahnmal zur Erinnerung an die Einwohner des Dorfes Pawlokoma, die im Jahre 1946 von polnischen Nationalisten ermordet worden waren.

So kann man ungeachtet vielfältiger wirtschaftlicher Gegensätze behaupten, dass das gegenwärtige ukrainisch-polnische Verhältnis von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägt ist. Polen ist interessiert an den „östlichen“ Märkten, ebenso an der Stabilität der Demokratie in der Ukraine; die Ukraine an den Märkten der EU-Mitgliedsländer und an Unterstützung ihrer Bemühungen um europäische Integration. Die Gespenster der Geschichte scheinen allmählich in die Vergangenheit zu entweichen. An ihre Stelle tritt die bilaterale Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Dies geschieht ohne Zweifel zum Nutzen der jetzigen Generation der Ukrainer und Polen, die in einem gemeinsamen europäischen Haus ohne Grenzen und Trennungslinien leben wollen.

APuZ

Nächste Ausgabe

10/2007 · 5. März 2007

Europa

Ludger Kühnhardt

50 Jahre Römische Verträge

Peter Knauer

Was wird aus dem EU-Verfassungsvertrag?

Frank R. Pfetsch

Die EU bedarf der Reformen

Gerd Strohmeier

Die EU zwischen Legitimität und Effektivität

Hanns-D. Jacobsen · Heinrich Machowski

Dimensionen einer Neuen Ostpolitik der EU

Martin Große Hüttmann

Die Koordination der deutschen Europapolitik

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Ukraine und Weißrussland *APuZ* 8–9/2007

Oksana Sabuschko

3–8 **Welcome to Ukraine**

Europa lebt mental noch immer in einer Welt, die vom Kalten Krieg gestaltet wurde. Der Erfahrungsschatz eines Landes, das seine beschädigte Identität zu einer Zeit bewahrte, als es kaum eine Chance dafür gab, sollte im gesamteuropäischen Bewusstsein nicht fehlen.

Vitali Silitski

8–15 **Sonderfall Lukaschenko**

Bei realistischer Einschätzung verfügt die EU gegenwärtig über keine guten politischen Optionen gegenüber Weißrussland. Doch die Bedingungen für eine Transformation in Weißrussland werden umso günstiger, je stärker die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sind.

Sabine Fischer

16–23 **Die russische Politik gegenüber der Ukraine und Weißrussland**

Russland, Weißrussland und die Ukraine sowie die EU sind in einem konfliktgeladenen Beziehungsdreieck gefangen. Die Spannungen in den regionalen Beziehungen werden sich nur lösen, wenn sich alle Seiten dieses Dreiecks um eine konstruktive Politik bemühen.

Wilfried Jilge

24–30 **Geschichtspolitik in der Ukraine**

Die Anerkennung der sowjetischen Hungersnot 1932/33 als „Genozid am ukrainischen Volk“ ist in der Ukraine ins Zentrum geschichtspolitischer Debatten gerückt. Der „Holodomor“ hat zentrale Bedeutung für die Konstruktion einer nationalen Identität erlangt.

Bohdan Hud

31–38 **Das ukrainisch-polnische Verhältnis**

Ungeachtet mancher wirtschaftlicher Gegensätze kann man behaupten, dass die gegenwärtigen ukrainisch-polnischen Beziehungen von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägt sind. Die Gespenster der Geschichte scheinen allmählich in die Vergangenheit zu entweichen.